

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 7 Spittelberg: "Ein Haus für alle!"
- 9 Gesetz und Wirklichkeit
- 10 Kommunalpolitik: Bauring
- 11 Ein lieber Menschenfreund
- 13 Sieben Jahre "Normalisierung" in der ČSSR
- 15 Internationale Nachrichten
- 23 uni news: Soziologie gibt's die?

Bundesheer probt bereits Bürgerkrieg

Die Bundesheerreform scheint zögernd aber doch zu ihrem Ziel zu finden. So sehr die breiten Attacken der BH-Gegner in den Jahren 1970/71 versuchten, die eigentliche Funktion des Bundesheeres – nämlich: eine bewaffnete Staatsmacht zum Selbstschutz der Bourgeoisie zu sein – zu entlarven trachteten, so sehr wurde von offizieller Seite immer das Gegenteil behauptet. Betont wurde immer die sogenannte Primärfunktion der "Neutralitätsverteidigung in Fällen inter-

nationaler Konflikte". Das war natürlich beim allgemein bekannten Zustand des österreichischen Militärsystems schwer zu beweisen. Daher, so hieß es, müsse das Bundesheer reorganisiert werden, um die "Schlagkraft" zu erhöhen, die vielzitierten "Leerläufe" müßten beseitigt werden, um die Effizienz zu erhöhen und die dafür aufgewendeten Steuergelder "besser" zu verwenden. Dabei wurde bewußt und mit Betonung vornehmlich von den Einsatztruppen, den Grenzschutztruppen oder auch schlicht von der Landwehr gesprochen.

derschlagung von Revolten und Aufständen im Inneren.

Dabei geht man einen scheinbar sehr schlaue ausgedachten Weg: Ganz Österreich soll durch Einbeziehung praktisch der gesamten verfügbaren

Seite 2



Diese Taktik verfolgte den Zweck der Verschleierung der wahren Funktion der Reform: Denn selbstverständlich wurde auch und gerade den Militärs und sonstigen "staatstragenden" Kräften in diesem Lande früher als die erst nach der großen Protestwelle einsetzende Reform auf die Tagesordnung kam, klar, daß die eigentliche Legitimation des österreichischen Bundesheeres nicht in der Abwehrfunktion gegen einen ausländischen Aggressor liegen konnte. Was man lange Zeit vor allem unter dem Druck der öffentlichen Meinung nicht auszusprechen wagte, wurde inzwischen aber um so besser vorbereitet und beginnt nun in Form des "Objekt-schutzes" Gestalt anzunehmen: Die Funktion des Bundesheeres zur Nie-

Comeback des Rohrstocks?

Berufsverbote in Österreich

Die Fälle gemaßregelter oder entlassener Lehrer häufen sich – und nicht nur in den Bundesländern, von denen man beruhigt sagen kann, es seien nur die reaktionärsten Winkel unseres Vaterlandes. Seyr, Forstner und Kaiser in Wien, Manac'h in St. Pölten, Peschek, Mayerl und Reupichler in der Steiermark machen deutlich, daß die bisher bekannten Fälle keine einmaligen Ausrutscher irgendwelcher

Seite 3



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10, Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5, -
Abonnement: S 50, - jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien

Fortsetzung von Seite 1

Bundesheer probt bereits Bürgerkrieg

Reservemannschaften im Rahmen der "umfassenden Landesverteidigung" (nach der sogenannten Wehrdoktrin vom Mai 1975) mit einem Netz stets einsatzbereiter "Wachkompanien" überzogen werden.

Diese Wachkompanien finden ihre Kristallisationskerne am Objektschutz in den entsprechend deklarierten "gefährdeten Zonen". So zum Beispiel im Raum Tulln beim geplanten und bereits im Bau befindlichen Atomkraftwerk Zwentendorf, dem Donaukraftwerk Grafenwörth und dem Tullner Umspannwerk.

Die Dimensionen dieses ungeheuerlichen Spektakels der Bereitstellung des Bundesheeres zum Bürgerkrieg können wie folgt ermessen werden:

+ Von der Staatssicherheitsabteilung des Innenministeriums (Hofrat Dr. Bacheneck) wurden zunächst 7.000 (siebentausend!) "gefährdete Objekte" in Österreich geortet (ursprünglich sollten es sogar 10.000 sein!).

+ Je nach Lage und Art dieser Objekte geht nunmehr das Bundesheer daran, für eines oder je mehrere dieser Objekte (im Ministeriums- bzw. Bundesheerjargon: Schlagadern der Wirtschaft) Monsterkompanien von jeweils mindestens 150 Mann als Schutztruppen aufzustellen.

+ Eine einfache Multiplikation (ca. 2.500 Kompanien mal 150) ergibt somit für das Endstadium dieses Projekts einen Mobilisierungsstand von ca. 375.000 Mann. D.h. beinahe jeder zwanzigste österreichische Staatsbürger wäre Mitglied einer solchen Wachkompanie!

Von da zur totalen Militarisierung und wenn nötig Faschisierung der österreichischen Gesellschaft wäre es nur noch ein kleiner Schritt. Daß diese Anstrengungen gerade jetzt in Zeiten niedergehender Prosperität des kapitalistischen Systems geschehen, kommt nicht von ungefähr: Wenn sich die Gefahrenmomente, daß das bürgerliche System an seiner eigenen Unfähigkeit zugrunde gehen könnte, häufen, beginnt sich das Bürgertum zu formieren und der traditionell ver-

läßlichsten Fraktion - den Militärs - wieder einen Logenplatz anzubieten. Und die Anzeichen mehren sich: Vom Sieg der indochinesischen Revolution über Portugal bis zu den Bürgerinitiativen gegen die Atomkraftwerke (am erfolgreichsten spektakulärsten und die Zusammenhänge am besten offenlegend z.B. in Wyhl, Baden Württemberg).

In Österreich werden zwar keine dermaßen profitträchtigen Industrialisierungspläne wie in der BRD mit dem Raum Südbaden ("Zweites Ruhrgebiet" von Basel bis Frankfurt) ausgebrütet, der Zusammenhang zwischen Kapitalinteressen insbesondere an Atomkraftwerken und militärischem Schutz gegen die Interessen der Bevölkerung, liegt nichtsdestoweniger auch an den Beispielen österreichischen Objektschutzes klar auf der Hand.

Man muß fast sagen, daß aber gottlob in Österreich alles etwas langsam vor sich geht - so auch dieser Prozeß: Bisher stehen erst fünf solcher Wachkompanien Gewehr bei Fuß; die "Ausgewählten" (bisher waren nur zwei Kriterien auszumachen: Leute aus der jeweiligen Region mit einem

der lange marsch zeitung für eine neue linke



Nr.16 (April 75)
"Antifaschistisches Aktionsprogramm der SPD"
"Die Entführung aus unserer Sicht"(Lorenzentr.)
"Schlamm-schlacht und Wapp-pusteln"(Hochschulpol.)
"SEW-Die Zärtlichkeit einer Krake"
"Die Linke-Die Türkei-und türkische Arbeits-emigranten"
"Materialien zur Wyhlarbeit" "Vietnam"
Nr.17 (Juni/Jul 75)
"Der deutsche Maoismus-kein Schritt vorwärts, zwei nach rechts!"
"Portugal-das Volk lernt im Kampf"
"Spanien-die Uhr läuft ab"
Kritik der Thesen des SB
GEW-Berlin:Ergebnisse der Neuwahlen
"Strategie eines betrieblichen Abwehrkampfes"
Redebeitrag der HAW(Homosexuelle Aktion Westberl.)
"Was ist Klassenbewußtsein"-Lucács-Resonanz
"Vietnam - kontrovers"
"2.Manifest der Arbeiter der Zeitung Republica"

Redaktion: LM c/o Buchladen 'Commune'
1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d
Einzelabo: über Redaktion;
6 Ausgaben + Versandkosten = 10,80 DM
Vorauszahlung auf Postscheckkonto
Nr. 4020 94 104, D. Schütte, Pscha Bln-W.
Vertrieb: an Wiederverkäufer (BRD)
Maulwurf, 1 Berlin 62, Crelestr.22
Preis: Berlin-West = 1,00 DM - BRD = 1,20 DM

Comeback des Rohrstocks?

...und wie man es macht:

- o Die Wachkompanien bestehen aus je vier Zügen zu wiederum je vier Gruppen.
- o Jedem der vier Züge ist mindestens je ein aktiver Gendarm oder Polizist zugeordnet. Ob diese gleichzeitig die Zugskommandanten sind war nicht zu eruieren.
- o Wichtigste Waffe der Schutztruppen ist nicht das sonst im Bundesheer übliche Sturmgewehr (ein bekanntes Steyr-Exportprodukt), sondern die wesentlich ältere amerikanische Rifle. Dieses Gewehr hat ein kleineres Magazin (acht Schuß), kann nicht auf Dauerfeuer gestellt werden, hat dafür aber einen Bajonettaufsatz. Dies dürfte der entscheidende Vorteil für den Nahkampfeinsatz gegen aufrührerische Demonstranten sein. . .
- o Im Einsatzfall handelt es sich um eine sogenannte "Hilfeleistung des Bundesheeres an das Innenministerium". Darüber, auf welche Gesetze oder sonstige Legitimationen die gesamte Aktion gestützt werden kann, scheint es zwischen Vertretern des Innenministeriums und den Militärs noch keine übereinstimmende Klarheit zu geben. Ob § 2, lit. b des Wehrgesetzes ("Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Sicherheit") oder etwa Verordnungen der Landeshauptleute zuständig sind, ist offenbar noch weitaus strittiger als ein möglicher Einsatz.
- o Als Vorwand für den Plan der Schutztruppen dienen in den Erläuterungen der Militärs ihren Mannschaften gegenüber, terroristische Anschläge von Baader-Meinhof'schem Zuschnitt (Baustellenbesetzungen durch Atomkraftwerksgegner wie z. B. in Why1/Südbaden - "offensiv links" berichtete u. a. in der Nr. 15, Juni 1975 darüber - werden dabei tunlichst nicht erwähnt).
- o Wenn trotzdem Bedenken aufkommen, die Schutztruppen könnten nicht nur im Fall der "Häufung terroristischer Anschläge", sondern auch gegen Demonstranten eingesetzt werden, so wird dies mit dem Hinweis auf 1934 abgetan: "Was wolln's denn, so etwas haben wir doch auch schon in der Ersten Republik gehabt!"

Vgl. dazu auch "profil", 29/1975 vom 16. Juli 1975, S. 20.

Bürokraten sind, sondern, daß es sich um eine Tendenz handelt, die bereits in bedenklichem Ausmaß an bundesdeutsche Zustände erinnert. Die Begründung ist fast überall dieselbe. Von "Gefährdung der Disziplin" über "Verletzung der Ehre der Schule" bis zu dem ungeheuren Vorwurf, man hätte versucht, die gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu praktizieren.

Zieht man in Betracht, daß dies nun die Fälle sind, in denen die betroffenen Lehrer nicht resigniert haben und versuchten, ihren Standpunkt zu verteidigen, so wird eines deutlich: Es wird versucht, das Auftreten fortschrittlicher Lehrer bereits in den Ansätzen zu verhindern. Denselben Effekt erreichen auch die Äußerungen von Androsch und Sinowatz, daß es plötzlich keinen Lehrermangel mehr gäbe und etwa die Hälfte der Lehramtskandidaten keine Anstellung finden würden. Mit solchen Maßnahmen, die dem tatsächlichen Bedarf an Lehrern Hohn sprechen, kann bereits in der Ausbildung ein genügendes Maß an "Auswahl" getroffen werden.

Die teilweise erfolgreichen Solidaritätsaktionen haben ansatzweise gezeigt, wie den Anfängen der Berufsverbote begegnet werden kann. In Bruck an der Mur demonstrierten 800 Schüler, in Wien gab es Unterschriftenaktionen und Solidaritätskampagnen, an denen sich auch die FÖJ - Bewegung für Sozialismus beteiligte, in St. Pölten stellten sich alle Eltern und Schüler hinter den gemäßregelten Lehrer, die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten und die Personalvertretung demonstrierten, was heute "Interessenvertretung" auch heißen kann, sie ergriffen ausnahmslos Partei für die Schulbehörden.

Alle diese Vorfälle sollten für die Linke, den bisher eher vernachlässigten Bereich der Schule wieder in den Blickpunkt rücken. Sowohl eine verstärkte gewerkschaftliche Organisation der Lehrer und damit eine Einflußnahme auf die Politik der Lehrervertreter als auch die Intensivierung der Kontakte Eltern-Schüler-Lehrer, sollten ein Schwerpunkt weiterer Arbeit sein.

überdurchschnittlich hohen Akademikeranteil) bekommen am Ende ihrer entsprechenden Inspektion/Instruktion* die gesamte Ausrüstung - mit Ausnahme der Waffen - mit nach Hause.

Etwa zwanzig weitere Wachkompanien sind zur Zeit in Planung, doch gibt es bei der Vorbereitung momentan eine Verzögerung mit recht interessantem Grund: Bei einer der be-

* Drei bzw. sechs Tage für das Kaderpersonal.

absichtigten Kompanien wurde nach Zusammenstellung der Mannschaft entdeckt, daß "von den 160 Leuten 140 Kommunisten waren" (Spanocchi). Offenbar funktioniert die Auswahl "braver" Soldaten nicht ganz so wie man hoffte, da anscheinend sogar in die Ergänzungsabteilung des Militärkommandos Niederösterreich (wie in diesem Falle) "linke Subjekte" eingeschickert und auf ihre Weise "subversiv" tätig sind. Für die Ausforschung dieses "Saboteurs" braucht man nun Zeit - vielleicht ein aufmunterndes Zeichen? ★



Hintergründe der Konflikte

Fall „Seyr und Forstner“

Veronika Seyr unterrichtet am BG/BRG 15 seit zwei Jahren Deutsch (Sondervertrag), Peter Forstner kath. Religion (Vertrag).

Beide hatten sich gemeinsam mit einigen fortschrittlichen Lehrern im Herbst 1974 anlässlich der Wahl der Lehrervertreter in den Schulgemeinschaftsausschuß (vgl. das neue Schulunterrichtsgesetz, "offensiv links", Nr. 7, Okt. 1974) für die Abhaltung einer Lehrerversammlung eingesetzt, auf der die Möglichkeiten des SchUG diskutiert werden und die Kandidaten für den Schulgemeinschaftsausschuß ihr Programm darlegen sollten. Trotz des Widerstandes konservativer und reaktionärer Kreise in der Kollegenschaft kam diese Versammlung zustande; der letzte Tagesordnungspunkt (= Programme der Kandidaten) ging freilich im Tumult unter, den die Konservativen inszenierten.

Die Wahl, bei der drei Lehrervertreter in den Schulgemeinschaftsausschuß zu wählen waren, brachte dann einen "politischen Erdbeben" am BG 15: Den Konservativen gelang es nur, einen Vertreter in den Schulgemeinschaftsausschuß zu entsenden.

Daraufhin setzte die Diffamierungskampagne der Konservativen ein: Die Wahl zweier fortschrittlicher und jüngerer Kollegen sei eine Undankbarkeit gegenüber älteren, verdienstvollen Kollegen; ein harmonischer Lehrkörper sei gespalten worden usw.

Seyr und Forstner wurden als Hauptverantwortliche für diese Entwicklung bezeichnet; und schon damals galt es unter den Lehrern als offenes Geheimnis, daß der Direktor Hofrat Dr. Franz Salomon dafür sorgen werde, die beiden im kommenden Schuljahr loszuwerden.

Noch vor Weihnachten wurde es wieder ruhig am BG 15, bis sich ein Vater über Seyr beim Direktor beschwerte, sie verführe die Schüler zu "sexueller Libertinage". In Wirklichkeit hielt ein Schüler eine Redeübung über das freigewählte Thema "Die sieben Fragen des Sexualkomplexes". Das Referat wurde von Mitschülern heftig kritisiert, weil es sexuelle Fragen 14jähriger gar nicht behandelte, sondern hauptsächlich von Potenzstörungen die Rede war.

Vor Schuljahresende teilte der Direktor Seyr mit, ihr Sondervertrag, der mit 31. August d. J. ausläuft, könne wegen Stundenmangel nicht verlängert werden. Das war eine Ausrede, weil im nächsten Jahr am BG 15 genügend Deutschstunden vorhanden sind und weil ein Personalvertreter offen aussprach, Seyrs Vertrag werde nicht verlängert, da sie nicht in die "weltanschaulich-pädagogisch-politische" Linie des Direktors passe. Dir. Salomon ist ein reaktionärer, faschistoider Katholik...

Gegenüber Forstner hat sich Salomon bis heute nicht geäußert. Forstner wurde im April ins Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung vorgeladen, wo man ihm mitteilte, er müsse vom BG 15 versetzt werden. Als einzige Begründung wurde ihm

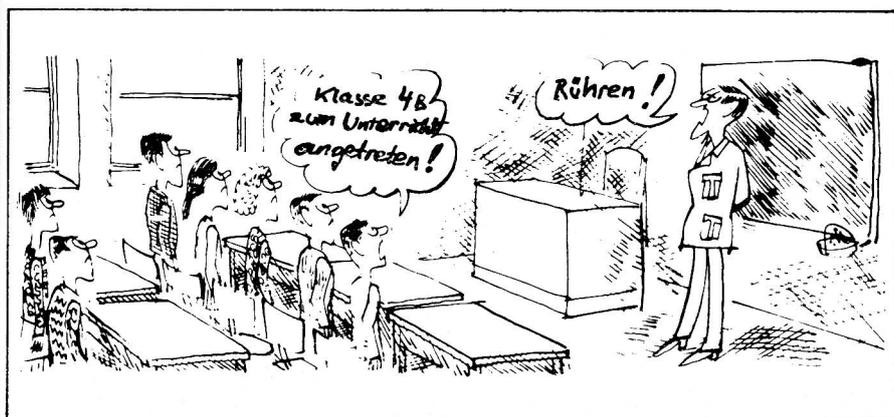
vom Leiter der Personalabteilung des Amtes – ein Mündelkind Salomons! – mitgeteilt, Salomon wünsche seine Versetzung, weil sein "Religionsunterricht nicht mehr Religionsunterricht" sei. Vom zuständigen Fachinspektor wurde Forstner vorgeworfen, sein Engagement bei den Wahlen der Lehrervertreter in den Schulgemeinschaftsausschuß sei für einen Religionslehrer entschieden zu weit gegangen und er erziehe die Schüler zu sehr zur Kritik gegenüber Religion und Kirche; außerdem betone er zu stark soziale Fragen...

Seyr und Forstner diskutierten daraufhin mit fortschrittlichen Lehrern unter der Kollegenschaft des BG 15 und traten dann mit einem offenen Brief, der an SSR und kirchliches Schulamt adressiert war, an die Öffentlichkeit. Präsident Schnell leitete sofort eine Untersuchung ein; das Ergebnis: Seyr bleibt am BG 15, Forstner – für den in dieser Frage nicht der SSR, sondern die Kirche zuständig ist – muß gehen! Ja das Erzbischöfliche Amt für Unterricht will ihn an eine Schule versetzen, an der er die Nachfolge eines Kollegen antreten soll, der von dieser Schule aus ähnlichen Gründen wie Forstner vom BG 15 gehen muß!

Der Teilerfolg im Konflikt am BG 15 ist nicht das Verdienst Schnells oder Seyrs bzw. Forstners: Die Entscheidung fiel deshalb so günstig aus, weil Nationalratswahlen vor der Tür stehen und die SP ihr Gesicht wahren mußte und weil sich viele Zeitungen, demokratische Organisationen und Schüler – 138 Schüler aus 6 Klassen forderten in einer Unterschriftenaktion den Verbleib Seyrs und Forstners am BG 15 – mit Seyr und Forstner solidarisch erklärten und so einen Druck ausübten.

Dieser Teilerfolg kann und darf nicht als Sieg über bürgerliche Kräfte gefeiert werden: Es ist lediglich gelungen, das bürgerliche Lager zu spalten und seine Widersprüche auszunutzen.

Außerdem muß ein entscheidender politischer Fehler zugegeben werden: Es ist nicht gelungen, die Elternschaft gegen die Maßregelung der beiden Lehrer zu mobilisieren. Nur einige Eltern forderten die Einberufung einer Elternversammlung, was aber die Isolierung der Lehrer von den Eltern bzw. die Isolierung der Eltern untereinander verhindert hat.



Fall „Mayerl“

In der vom Fürst Schwarzenbergschen Schloß dominierten Bezirkshauptstadt Murau (dem in Murau wohnhaften Fürsten gehört fast das ganze obere Murtal) spielte sich seit Herbst 1974 eine mittelalterlich anmutende Verfolgungsjagd gegen zwei demokratische Lehrer am dortigen Musisch-Pädagogischen Gymnasium ab.

Im Oktober 1974 trafen sich die beiden Professoren Mayerl und Reupichler mit Schülerinnen und Schülern der 8d Klasse, um die Situation, die durch das neue Schulunterrichtsgesetz entstanden ist, zu besprechen. Im Laufe dieses gemütlichen Beisammenseins kam auch der Deutschunterricht in der 8d Klasse zur Sprache. Die Schüler äußerten sich vor allem kritisch über die häufige Anwendung des "Besinnungsaufsatzes" ("Kann die Frau heute noch ihrer wahren Bestimmung nachkommen?" "Ist die Arbeit Segen oder Fluch?" etc. etc.) durch ihren Deutschlehrer und Klassenvorstand. Die Schüler der 8d Klasse beschloßen im Gespräch mit Mayerl und Reupichler ein kritisches Hörspiel zum Thema "Der Besinnungsaufsatz des braven Mannes in Frage und Lösung" zu produzieren und in einer der nächsten Literaturpflegestunden vorzuspielen. Mayerl, selbst Deutschlehrer in der 7c Klasse erklärte sich zur Mitarbeit am Hörspiel bereit.

Das Hörspiel wurde eine treffende Charakterisierung und Kritik des typischen kleinbürgerlichen Bewußtseins (mit aktuellem Bezug auf den Klassenvorstand der 8d Klasse). Der Klassenvorstand der 8d reagierte auf das Vorspielen des Hörspiels zwar betroffen, forderte die Schüler aber "progressiv" zu einem "echten Gespräch" auf. Er weiß nichts von der Mitwirkung Mayerls und Reupichlers am Hörspiel. Zwei Wochen später erfährt der Klassenvorstand durch die Mutter einer Schülerin von der Mitarbeit der beiden Lehrer.

Von nun an beginnt in der Lehrerschaft – allen voran Direktor Goditsch – ein wahres Kesseltreiben gegen Mayerl und Reupichler. Diese beiden Lehrer waren dem erzreaktionären Direktor schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge:

Fall „Manac'h“

Claude MANAC'H
Kollersberg 6
3071 Böhheimkirchen

St. Pölten, den 21. 06. 1975

An den Landesschulrat für Niederösterreich.

OFFENER BRIEF

Ich, Claude Manac'h, wende mich mit diesem offenen Brief an den Landesschulrat für Niederösterreich, um in der Öffentlichkeit Klarheit in meiner Angelegenheit zu erreichen.

Ich unterrichte Französisch seit Oktober 1972 am Musisch-Pädagogischen Gymnasium St. Pölten als Austauschlehrer mit Sondervertrag.

Am Dienstag, den 17. Juni hat mir Direktor Prof. W. Meindl auf meine Frage mitgeteilt, daß mein Vertrag für das nächste Schuljahr an dieser Schule nicht verlängert wird, ohne mir sagen zu können, ob es sich um eine Versetzung oder um die Beendigung meiner Lehrtätigkeit in Österreich handelt.

Seit geraumer Zeit haben einige Kollegen in meiner Abwesenheit behauptet, daß mein Unterricht mangelhaft sei. Um diesen Vorwurf zu entkräften habe ich selbst am 8. März anlässlich eines Gesprächs mit dem Direktor um eine Fachinspektion ersucht.

Am 16. Mai hat bei mir Herr Landesschulinspektor OSTR Kaltenecker hospitiert. Anschließend hat er mir mitgeteilt, daß er meinen Unterricht im großen und ganzen positiv beurteilt, daß es aber für mich und den Lehrkörper besser sei, wenn ich die Schule wechselte.

Da mir an der Fortsetzung meiner Unterrichtsarbeit speziell in den 7. Klassen sehr viel gelegen ist, nahm ich das Angebot des Elternvereins, mich zu unterstützen, gerne an. An einer vom Elternverein organisierten Unterschriftenaktion haben sich alle meine Schüler und deren Eltern beteiligt. Das Ergebnis dieser Unterschriftenaktion ist Ihnen bereits zugegangen.

Laut Aussagen des Direktors und eines Personalvertreters liegen gegen mich folgende Anschuldigungen vor:

- Bei einer Schularbeit einer 8. Klasse habe ich den Ihnen bekannten Text zur Übersetzung gegeben, der das alte Schulsystem in Frage stellt.
- Der von mir vorgeschlagene und von Ihnen bewilligte Text aus der Filmkritik zu "Aus Liebe sterben" sei unmoralisch.
- Meine Unterrichtsmethoden und meine guten Beziehungen zu den Schülern würden in anderen Stunden Unruhe hervorrufen.

Ich habe immer versucht gute Arbeit zu machen, und meinen Unterricht fortschrittlich zu gestalten; ich kann nicht verstehen, daß die oben angeführten Gründe die Fortsetzung meiner Tätigkeit an dieser Schule in Frage stellen. Daher ersuche ich um Verlängerung meines Vertrages an dieser Schule für das Schuljahr 1975/76.

Claude Manac'h

- + sie boten den Schülern das DU-Wort an,
- + sie trafen sich mit Schülern auch außerhalb der Schulzeit und sprachen mit Schülern über deren Probleme,
- + sie forderten die Schüler zur Kritik an ihren Professoren auf (auch Mayerl und Reupichler wurden häufig kritisiert). So bildete sich beispielsweise in einer Klasse ein Komitee, welches die Kritik der Klasse an den einzelnen Lehrern ausformulierte und den Lehrern schriftlich überreichte,
- + sie brachten fortschrittliche Lehrinhalte. In Literaturpflege wurde auch politische Literatur (Biermann, Degenhardt) und am Beispiel der Göbbels-Reden die Struktur faschistischer Rhetorik behandelt.

Diese Versuche demokratischer Unterrichtsgestaltung und des Abbaus autoritärer Strukturen verunsicherte das konservative Lehrerkollegium und den Direktor, der seinen autoritären Einfluß immer mehr schwinden sah.

In einer eigens einberufenen Lehrerkonferenz (Eltern und Schüler wurden trotz Schulunterrichtsgesetz – der Direktor übergang es einfach – nicht zugelassen) tobte der Direktor über "den Geist der Zersetzung, der von Mayerl und Reupichler in die Schule getragen wurde". Er spaltet Mayerl und Reupichler von der übrigen Lehrerschaft der Schule vollends, indem er deren Mitwirkung am Hörspiel als schändliches "In-den-Rücken-fallen" eines Kollegen hochmoralisierte.

Die Rechtfertigung der beiden Lehrer wurde größtenteils von den anwesenden Lehrern nicht einmal verstanden.

Es folgten nun:

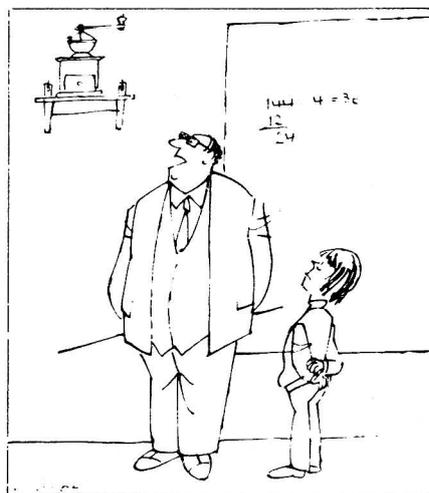
- + die Beschlagnahme des Hörspiels durch den steirischen Landesschulrat,
- + Schülerverhöre durch den Direktor,
- + exemplarische Bestrafungen engagierter Schüler; so wurde ein Klassensprecher vom Direktor nach SS-Manier (die Vergangenheit von Goditsch ist ein eigenes Kapitel!) vor der Klasse eingeschüchtert und niedergebrüllt,

- + Schikanen und Bespitzelung der beiden Lehrer durch den Direktor; Schularbeiten werden nachkorrigiert, Direktor mischt sich in Unterricht von Mayerl und verbietet ihm beispielsweise die von ihm angeordnete Sitzordnung der Schüler.

Der Direktor kommt in die Unterrichtsstunden von Mayerl und wirft ihm Pflichtverletzung, Willkür bei der Notengebung, Unruhestiftung, Widersetzlichkeit vor. Er erzählt den Schülern, daß dem Lehrer die fristlose Entlassung droht, und fordert die Schüler auf, mit Klagen zu ihm zu kommen.

- + Gewerkschaft und Personalvertretung stellen sich hinter den Direktor,
- + Anfang Jänner 1975 droht der Landesschulrat Steiermark mit der Versetzung bzw. Kündigung von Mayerl und Reupichler,
- + Verleumdungskampagnen gegen Mayerl und Reupichler sowie allen, die sich mit ihnen solidarisieren.

Mayerl und Reupichler werden als Kryptokommunisten, Anarchisten bezeichnet und in einem Atemzug mit der Baader-Meinhof-Gruppe genannt. Die Elternvertreterin, welche sich für Mayerl einsetzt, beschwert sich in einem Schreiben an den Landesschulrat über die vom Direktor Goditsch ausgestreuten Gerüchte, daß in ihrer Wohnung Zusammenkünfte linksradikaler, anarchistischer Lehrerkreise stattfänden. Der Direktor scheut nicht einmal davor zurück, ihr Ehebruch mit Mayerl zu unter-schieben. "Mayerls Auto wurde öf-



„Frag nicht soviel! Die war schon immer da, genau wie der Globus, der ausgestopfte Iltis, das Schulgebet! Das wird schon alles einen Sinn haben!“

ters vor dem Haus gesehen. Dies auch einmal um halbneun Uhr vor-mittags als der Gemahl nicht zu Hause war.“

- + Spaltung der Elternschaft. Mayerl und Reupichler wird vom Direktor absolutes Sprechverbot mit Eltern und Schülern auferlegt. Begründung: Verdunklungsgefahr! Absprachen! Eltern werden vom Direktor einseitig informiert und zum Schreiben von Beschwerdebriefen veranlaßt.

Am 5. Mai 1975 wurde Mayerl als Deutschlehrer in der 7c Klasse abgezogen. Die Eltern der Schüler protestierten am 12. Mai in einem Schreiben an den Landesschulrat gegen dieses Vorgehen "einmal aus pädagogischen Gründen, zum anderen weil Herr Prof. Mayerl ein ausgezeichnete Lehrer ist und zu unserer vollsten Zufriedenheit unterrichtete." (Zit. Brief.)

Am 21. Mai antwortet der steirische Landesschulrat den Eltern. Er begründet diesen eindeutigen Akt politischer Disziplinierung mit "Sachzwängen" und versteckt sich hinter der Amtsverschwiegenheit:

"Das Abziehen des Vertragslehrers A. Mayerls von der 7c Klasse erfolgte mit Zustimmung des Landesschulrats für Steiermark infolge dringender schulischer und pädagogischer Notwendigkeiten. Diese Maßnahme beinhaltet kein Urteil über die Fähigkeiten und Unterrichtsmethoden des genannten Lehrers.

Der Landesschulrat ersucht um Verständnis, daß im Hinblick auf die Amtsverschwiegenheit eine ausführlichere Begründung nicht erfolgen kann."

Wenig später erfährt Mayerl, kurz vor Schulschluß, das er nach Judenburg versetzt werden soll.

Erst jetzt erfährt die Öffentlichkeit von diesem "Lehrerskandal". Trotz des Bekanntwerdens der Vorfälle am Musisch-Pädagogischen Gymnasium Murau bleibt der steirische Landesschulrat bei seiner Entscheidung. Anfang Juli bildete sich ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung disziplinierter Lehrer. Derzeit läuft eine Unterschriftenaktion für Mayerl und Co. ★

Spittelberg: „Ein Haus für alle!“

Der Spaziergänger am Spittelberg stellt zunächst keine Veränderungen fest. Es ist alles wie vor einem, zwei, drei Jahren. Im Kern des Viertels verfallen die alten Barock- und Biedermaierhäuser, zwei, drei wurden von privaten Hausbesitzern renoviert, die der Gemeinde Wien gehörenden sind nach wie vor ein jämmerlicher Anblick - vernagelt, abgepölst und teilweise verlassen; die drei-vierstöckigen Gründerzeithäuser am Rande werfen ihre Schatten auf einen verödeten, toten Stadtteil.

Die Sanierung ist noch in weiter Ferne, ja noch nicht einmal die Planung ist abgeschlossen. Zwei Grundkonzepte stehen sich unversöhnlich gegenüber: die Grund- und Hausbesitzer, die Boden- und Bauspekulanten wollen möglichst viel Profit machen. Sie wollen die niedrigen, das heißt unprofitablen, Häuser abreißen, Büropaläste und Tiefgaragen bauen. Wo dies durch den Denkmalschutz vereitelt wird, planen sie ein snobistisches Luxusgetto für zahlungskräftige Mieter. Demgegenüber steht das Revitalisierungskonzept der Interessengemeinschaft (IG) Spittelberg, das den Bedürfnissen der derzeitigen Bevölkerung des Spittelbergs und zukünftigen Bewohnern mit durchschnittlichem Einkommen entspricht. (OL berichtete darüber mehrmals, zuletzt im August 1974. Stichworte: Fußgängerzone, Grünflächen, gemeinschaftliche Nutzung der Innenhöfe, soziale Durchmischung der Bevölkerung, Verbesserung der Infrastruktur, selbstverwaltete Kommunikationseinrichtungen und Wohnungskostenbeschränkung bzw. Finanzhilfen).

PROFITINTERESSEN DER GEMEINDE WIEN

Zwischen diesen beiden Vorstellungen laviert und schwankt die Gemeindeverwaltung, ohne bisher eine Entscheidung zu fällen. Immer wieder wird versucht Profitinteressen zu schützen. Da dies auf immer mehr Widerstand in der Öffentlichkeit stößt, wird eine Verzögerungstaktik eingeschlagen. Außerdem hat die

Gemeinde Wien, durch ihre Baugesellschaft GESIBA, selbst Profitinteressen. Die Sanierungsvorschläge sind dementsprechend: Luxuswohnungen, Nobellokale, usw.

Gemeinderat Prosch, Bezirksparteiobmann der SPÖ, meinte in einer öffentlichen Versammlung am Spittelberg, daß alles so lang dauert, weil die SPÖ bemüht ist, alle Interessen auf einen Nenner zu bringen. In der Diskussion kam klar heraus, daß er damit auch die Hausherrenteressen meinte. Dazu eine Anmerkung: eine führende Gemeindepolitikerin, Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner ist mit einem Ex-Gemeinderat der ÖVP, der Eigentümer von mindestens einem Haus am Spittelberg ist, verheiratet.

DAS "ZENTRUM" IST TROTZDEM IM ENTSTEHEN

Trotz alledem zeigen die vereinigten Bemühungen von betroffener Bevölkerung, der IG Spittelberg und fortschrittlicher Öffentlichkeit Erfolge. Der aufmerksame Spaziergänger kann es sehen - im sogenannten Amerlinghaus, Stiftgasse 8, in dem ein selbstverwaltetes "Haus für alle" entsteht. Dieses Amerlinghaus hat am Spittelberg eine zweifache Schlüsselposition.

1. Als Bauwerk: das rund 300 Jahre alte Geburtshaus des Wiener Malers Amerling, ist das kulturhistorisch bemerkenswerteste Bauwerk im Viertel. Es hat einen wunderschön geräumigen Innenhof, eine erhaltenswerte Architektur, es steht seit Jahren leer und droht zu verfallen, schließlich sei noch festgestellt, daß es der Gemeinde Wien gehört.
2. Als Idee: fester Bestandteil des Konzepts eines Teils der IG Spittelberg und der Wünsche der Bevölkerung ist ein Kommunikationszentrum, wobei sich die Vorstellungen wesentlich von der bisherigen Realität auf diesem Gebiet unterscheiden. Im Gegensatz zu bereits vorhandenen Einrichtungen

gen dieser Art der Gemeinde Wien soll das "Zentrum" keiner bestimmten Altersschicht vorbehalten sein, sollen die Besucher nicht passiv konsumieren, sondern Anregungen für aktive Betätigung erhalten, soll das Haus und seine Einrichtungen (Kantine) nicht kommerziell geführt werden und vor allem, es soll selbstverwaltet sein.

Das Amerlinghaus ist für solch ein Zentrum bestens geeignet.

Aus diesen Überlegungen heraus, hat sich vor einigen Monaten ein Verein "Zentrum Amerlinghaus" gebildet, der sich zur Aufgabe stellte, den Kampf zur Erreichung dieses Zieles und die spätere Gestaltung der Tätigkeit im Zentrum zu organisieren. Vorerst bestand der Verein aus einigen, wenigen Aktivisten, die schon bisher in der IG Spittelberg mitgearbeitet hatten. Vorarbeiten wurden in drei Richtungen geleistet.

- a) Bedürfnisse in dem kleinen, überschaubaren Viertel wurden erhoben und die Wünsche der Einwohner gesammelt. Dabei konzentrierte man sich nicht auf die ohnehin mobile Schicht üblicher Kulturkonsumenten, sondern auf die Menschen, die bislang vernachlässigt wurden. Zielgruppen sollen sein: Kinder, berufstätige Mütter, Jugendliche und alte Leute. Letztere sind fast 50 % der Spittelberger Bevölkerung. Eine Trennung von "kulturellen" und "anderen" Bedürfnissen wurde erst gar nicht eingeführt. Man will ein integrierendes Programm anbieten: Essen, Unterhaltung, Problemhilfe, Weiterbildung.

Ergebnis dieser Kontakte mit der Bevölkerung war die Ausarbeitung:

- b) eines detaillierten Konzepts für ein multifunktionales Kommunikationszentrum. Kernpunkte sind: Informationsdienst, Hilfe bei Behördenwegen, Workshops, Musik, Tanz usw. für Jugendliche, Spielgruppen und Betreuung für Kinder, Altenbetreuung, Heimhilfe, Klubbetätigung;





c) man begann den mühsamen Weg durch die Instanzen.

WIDERSTAND DER GEMEINDEVERWALTUNG

Politische Mandatare der Stadt Wien waren entweder nicht "zuständig" oder nicht zu erreichen. Wurde einer zufällig oder durch Beharrlichkeit doch erreicht, so erlosch im selben Moment auf wundersame Weise seine Zuständigkeit. Die Leiter der verschiedenen Magistratsabteilungen waren jeweils nur für einen winzigen Teilbereich verantwortlich und es fehlte immer irgendeine Stellungnahme einer anderen Abteilung. Mit einem Wort: da kein ernstzunehmender Druck vorhanden war, wurden die Aktivisten gefrozzelt, die Obrigkeit spielte mit ihnen "Vater, Vater leih mir die Scher". Ein Vorstandsmitglied: es war wie in einer Gummizelle, kein harter Widerstand und trotzdem kamen wir keinen Schritt weiter. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, mußte Öffentlichkeit hergestellt, mußte wenigstens ein Teil der Basis mobilisiert werden.

Diesen Zweck erfüllte ein "Fest für alle". Schon in den letzten Jahren wurden durch die IG Spittelberg regelmäßig Spittelbergfeste durchgeführt. Diese waren jedoch reine Kulturkonsumationsangebote, die den Besuchern keine Perspektive eines Kampfes boten. Der Verein "Zentrum Amerlinghaus" hat das erkannt

und legte das Fest bewußt als Auftakt zu einer langfristigen Kampagne an. Zwar wurde auch in diesen vier Tagen (12. - 15. Juni) ein reichhaltiges Kulturprogramm geboten, doch die Schwerpunkte lagen einerseits in der ansatzweisen Demonstration des zukünftigen Lebens im Zentrum und andererseits in der Diskussion und Planung der nächsten Schritte. Um die Erlaubnis zur kurzfristigen Nutzung des Hofes im Amerlinghaus für das Fest zu erhalten, mußte man sich ein weiteres Mal in die Gummizelle begeben. Jedoch die Begriffe Fest, Kunst, Kultur und die Namen einiger bekannter Personen ließen die Wachsamkeit der "Gemeindeväter" schrumpfen und so geschah es: Vizebürgermeister Pfoch gab die Erlaubnis (wie es sich später herausstellte, war das eine halbillegale Entscheidung seinerseits, die es uns später erleichterte, diesen Weg fortzusetzen), ja, es gab sogar einige Subventionen von Gemeinde und Bund, die ausreichten, das Fest und die ersten Kampfschritte nachher zu finanzieren.

EIN FEST DER SOLIDARITÄT

Während des Festes wurden die in Massen kommenden Besucher mit der derzeitigen Lage am Spittelberg und mit dem Konzept des "Zentrum Amerlinghaus" konfrontiert und aufgefordert, selbst aktiv zu werden. In den vier Tagen traten annähernd 500 Personen dem Verein bei und begannen auch gleich die nächsten konkreten Schritte zu beraten. Das Ergebnis war der Beschluß über die genehmigte Zeit hinaus im Amerlinghaus zu bleiben, um 1. die positive Entscheidung in Richtung Kommunikationszentrum der Stadtverwaltung zu beschleunigen und um 2. mit einfachen Mitteln zu zeigen, wie man sich das künftige Leben im Haus vorstellt.

Siehe da, diese "Hausbesetzung" (das Wort wurde vermieden, um nicht durch Verbalradikalismus, an und für sich kampfbereite, aber mißtrauische ältere Bewohner des Viertels auszuschließen) bewirkte einiges, was bisher nicht erreicht wurde: Es

gab plötzlich Zuständige, die auch Zeit hatten und die den Verein als Verhandlungspartner anerkannten. Die Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner und Pfoch sowie einige Gemeinderäte hatten Zeit für ein längeres Gespräch mit dem Vereinsvorstand, nachdem schon vorher der SPÖ-Bezirksobmann und der ÖVP-Bezirksvorsteher (unter dem Eindruck einer sehr entschlossenen Versammlung im "besetzten Amerlinghaus") ein Telegramm mit der Forderung nach sofortiger Freigabe des Hauses zur allgemeinen Nutzung an den Bürgermeister unterzeichnet hatten. Bei diesem Gespräch und auch seither wurde die Taktik der Gemeinde für alle Beteiligten klar erkennbar: Der Tatbestand der "Hausbesetzung" wird so weit als möglich ignoriert. Man kann oder will (schließlich stehen ja Wahlen vor der Tür) nicht dagegen einschreiten. Anerkennen geht aber nicht, also tut man so, als sei nichts geschehen, beschränkt sich auf Apelle an die "Vernunft" und sucht einen Übergangstatus aufrecht zu erhalten; ansonsten wartet man auf das Zusammenbrechen der Aktivitäten - seit 4 Wochen allerdings vergeblich und wie die Stimmung ist, sicher noch länger.

Gegenüber den Forderungen des Vereins verhält sich die Gemeindebürokratie flexibel. Grundsätzlich Zustimmung in einigen Fragen, aber immer vorbehaltlich der Klärung einiger, meist baurechtlicher oder verwaltungstechnischer Probleme. Verzögerungstaktik und das Warten auf bessere Zeiten (Abklingen des Presseechos, Müdigkeit der Aktivisten, Streitigkeiten mit der Bevölkerung) bestimmt vorläufig das Verhalten der Behörden.

Frau Fröhlich-Sandner versprach die Einrichtung eines, wie sie es formulierte, "Haus der Begegnung" im Amerlinghaus und den Beginn der Renovierungsarbeiten im Herbst 1975.

WIE WIRD ES WEITERGEHEN?

Vollkommen offen ist die Frage nach den Prinzipien der Führung und der Tätigkeit. In ihren Vorstellungen ha-

Gesetz und Wirklichkeit

Schwangerschaftsabbruch – wer wagt, verliert

Sollte irgend jemand geglaubt haben, daß mit der Änderung des § 144 und dem § 97 STGB sehr viel getan wurde, der wird jetzt nach einem halben Jahr seit in Kraft treten der sogenannten "Fristenlösung" zu einer anderen Ansicht kommen.

Die Straffreiheit der Abtreibung wenigstens in den ersten 3 Monaten ist besser als nichts, aber diese gibt noch nicht die Möglichkeit dazu. Ohne die entsprechenden Durchführungsbestimmungen ist den Gegnern der Fristenlösung Tür und Tor zur Verhinderung des Schwangerschaftsabbruchs geöffnet.

Nicht nur, daß keine Frau ein Recht darauf hat, daß ein Arzt ihrem Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch nachkommt, hat sie auch noch alle Kosten zu tragen, obwohl das Kind nicht zu bekommen, nicht nur für sie ein Vorteil ist.

Der Arbeitsrechtliche Informationsdienst für Dienstgeber macht in seiner Ausgabe vom 17. Juni 1975 extra darauf aufmerksam, daß die "Leistungsrechtlichen Bestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes nicht geändert wurden". So daß "ein Schwangerschaftsabbruch ohne medizinische Indikation grundsätzlich keinen Versicherungsfall darstellt und keine Leistungspflicht der Krankenversicherung auslöst".

Nach Meinung der Dienstgebervertreter besteht daher ebensowenig "seitens des Arbeitgebers eine Entgeltfortzahlungspflicht aus dem Titel einer Erkrankung". Wohlweislich wird nicht darauf hingewiesen, daß auf-

ben nach wie vor Bezirksmuseum, Gaststättenbetrieb und bürokratische, aufwendige Leitung zentralen Stellenwert. Wenig bis gar kein Entgegenkommen gibt es gegenüber der Forderung der Selbstverwaltung (organisatorische Form soll der Verein sein). Das Versprechen, alle diese Fragen mit dem Verein weiter zu beraten (Fröhlich-Sandner am 23. Juni: in etwa 2 Wochen), wurde bisher nicht eingehalten; wenn man absieht von einer Mitteilung des Landesjugendreferenten und Chef des Wiener Jugendkreises Dr. Wanasek, daß er jetzt für alles verantwortlich sei und er, nachdem er sich selbst einen Überblick verschafft habe, bereit sei, mit dem Verein zu reden.

Frau Fröhlich-Sandner versprach auch, daß der Hof und Teile des Hauses bis zum Sanierungsbeginn provisorisch genutzt werden können – natürlich vorbehaltlich der baubehördlichen Zustimmung. Zwar gab es schon am nächsten Tag eine behördliche Begehung, aber bisher keinen Bescheid.

In der Zwischenzeit gab es eine Vollversammlung des Vereins, in dem der bisherige zehnköpfige Vorstand auf 18 Personen erweitert wurde. Die neuen Vorstandsmitglieder (neue Aktivistinnen, ältere Spittelberger, Arbeiter, Angestellte) entsprechen der Veränderung der bisher vorwiegend studentischen Struktur des Vereins und sind Ausdruck der erreichten Basisverbreiterung. Die weitere Tätigkeit des Vereins teilt sich in kurzfristige und langfristige Aufgaben: erstere liegen im Ausbau und der Sicherung (vor allem rechtlich) des

derzeitigen Betriebes. Der Hof und ein Teil der Räume sind täglich von 12 – 20 Uhr geöffnet und erfreuen sich regen Zuspruchs aller Altersstufen. Um den Betrieb besser gestalten zu können, werden ständig neue Mitarbeiter gesucht – vor allem Leute, die kontinuierlich Zeit und Erfahrung in Kinder- oder Jugendbetreuung haben. Ein besonders schwieriges Problem ist die Finanzierung des laufenden Betriebs, Subventionsansuchen blieben bisher unbeantwortet. Eine Schnorraktion brachte nur bescheidene Ergebnisse.

Die langfristigen Aufgaben liegen im Kampf um die endgültige Gestaltung des zukünftigen Zentrums Amerlinghaus. Es geht um die erstmalige Durchsetzung eines Konzepts, das auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung basiert und nicht auf dem Repräsentier- bzw. Renomierbedürfnis der Politiker, oder gar dem Profitinteresse des Bürgertums.

Zentraler Punkt der Auseinandersetzungen wird die Frage der Selbstverwaltung sein. Hier ist der stärkere Widerstand der kommunalen und staatlichen Stellen zu erwarten, hier liegt aber auch die Möglichkeit, einen exemplarischen, inhaltlichen Kampf der Bevormundeten und Verwalteten um ihre Emanzipation zu führen. Die Auseinandersetzung um das Amerlinghaus scheint mir ein Testfall in zwei Richtungen zu sein: Ein Test der SPÖ-Rathausmehrheit – ist sie bereit, emanzipatorische Bestrebungen der Bevölkerung zu unterstützen, bzw. wenigstens ihnen nichts in den Weg zu legen oder wird sie zu den üblichen Unterdrückungsmitteln des bürgerlichen Staates greifen (erstes Alarmzeichen ist das regelmäßige Auftauchen von Staats- und sonstigen Polizisten im Amerlinghaus)? Interessant wird auch die Antwort auf die Frage: SPÖ vor und nach der Wahl, sein.

Getestet wird aber auch die Bereitschaft und die Fähigkeit fortschrittlicher/linker Öffentlichkeit/Organisationen, autonome Kämpfe der Basis wirksam zu unterstützen und gleichzeitig deren Autonomie zu wahren.



grund anderer Bestimmungen eine Zahlungspflicht vorliegen kann (z. B. bei Angestellten bezahlte Freizeit für Arztbesuch oder andere wichtige Gründe § 8 Ang. G.).

Der Informationsdienst gibt an, daß vom Sozialversicherungsträger die Frage, wann von einem Krankenstand gesprochen werden kann und wann die Kosten getragen werden, wie folgt beantwortet wurde:

"Während für die Zeit der stationären Pflege im Krankenhaus, soweit es sich nicht um eine medizinisch begründete Schwangerschaftsunterbrechung handelt, eine Kostenübernahme nicht möglich ist, liegt bei der Folgeerscheinung des Schwangerschaftsabbruchs (häuslicher Krankenstand) bereits eine Krankheit im sozialversicherungsrechtlichen Sinn vor. Solche Arbeitsunfähigkeiten sind daher anzuerkennen, und begründen den Entgeltfortzahlungsanspruch.

Tritt im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch während des Krankenhausaufenthaltes eine Komplikation ein, ist ebenfalls erst ab diesem Zeitpunkt der Versicherungsfall der Krankheit bzw. Arbeitsunfähigkeit und damit die Leistungspflicht des Krankenversicherungsträgers bzw. die Entgeltfortzahlungspflicht des Arbeitgebers anzunehmen. Zur Feststellung dieses Zeitpunktes wird sich der Krankenversicherungsträger in jedem Fall eines ärztlichen Gutachtens bedienen."

Ergibt sich daher im Anschluß an eine Schwangerschaftsunterbrechung und nach Ende des Krankenhausaufenthaltes eine Komplikation, verbunden mit einer Arbeitsunfähigkeit, so hat sich die Arbeitnehmerin krank zu melden und dem Arbeitgeber unverzüglich eine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung beizubringen. Ab Datum der Krankmeldung wird ein Krankengeldanspruch bestehen.

Da die Dienstgeber im allgemeinen etwas dagegen haben, wenn ihre Arbeiterinnen Kinder bekommen, erscheint es vorteilhaft, sich vor einer Abtreibung noch zu überlegen, bzw. sich zu erkundigen, wie man sich dem Arbeitgeber gegenüber verhalten kann. Es ist nicht einzusehen, warum dieser nicht wenigstens die notwendige Zeit bezahlen muß.

O. M. ★

offensiv links

kommunalpolitik

Man kann sich auch krankschrumpfen...

meinte ein Bauunternehmer zur derzeitigen Politik der Gemeinde bezüglich des Bauringes. Die letzte Entwicklung: Der Bauring wird zersplittert, seine Teilfirmen an Private vergeben. Damit wird selbst der faktische Konkurs noch zur Gelegenheit für die Konkurrenten des Bauringes. Ursprünglich war er gegründet worden, um eine kontinuierliche Wohnbautätigkeit in Wien zu garantieren. Er sollte eine Konkurrenz zu den Profitmachern am Wohnungsmarkt darstellen, jetzt wird er wieder in die Hände dieser Firmen übergeben.

Rekapitulieren wir: Der Bauring sollte, um die Auftragssumme von 1.015 Millionen Schilling, in Sakakah eine Straße und in Khamis Musayed einen Flughafen bauen. Durch eine katastrophale Unternehmungsführung

- o so erhielt allein der Hauptprovisionsträger 20% der Auftragssumme,
- o am Flughafenbau war nach 18 Monaten noch kein Baufortschritt zu erkennen;
- o das arabische Subunternehmen Grands travaux erhielt 55 Millionen Schilling, obwohl nur ein Bruchteil der Leistung erbracht wurde, usw.

entstand ein Schaden von 673 Millionen Schilling.

Nachdem dies nach und nach bekannt wurde, setzte sich das Kontrollamt in Bewegung. Plötzlich kamen immer neue Löcher zum Vorschein.

Bezeichnenderweise waren es immer

Bürgerschaftsangelegenheiten: Für eine Schweizer Gesellschaft, die vermutlich nur auf dem Papier existiert, war eine Haftung für rund 60 Millionen Schilling übernommen worden, angeblich zum Bau von Apartmenthäusern in Griechenland und Spanien, sie wurden nie gebaut. Ebenfalls eine Bürgerschaft besteht gegenüber den Firmen "Helios" und "Wohnkomfort" des ehemaligen SP-Mandatars Martinuzzi, in welcher Höhe ist nicht ganz klar. Jedenfalls wurden bereits 50 Millionen bezahlt, nachdem die Unternehmen zusammenkrachten, weitere Millionen sind entweder bereits fällig oder werden es demnächst. Die ganze Affäre wurde nochmals aufgewirbelt, nachdem jüngst einer der entlassenen Direktoren die Stirn hatte, den Bauring auf Schadenersatz für Pension und Abfertigung zu klagen.

Nun wurde schließlich die "Montagebau-Gesellschaft" aus dem Bauring gelöst und soll der "Wienerberger" zumindest zur Hälfte übergeben werden. Die verbleibenden Bauringteile sollen neu organisiert werden. Hier wird uns wieder einmal vorgespielt, wie man ein gemeindeeigenes Unternehmen ruinieren kann.

Das Pikante an dieser Angelegenheit ist, daß der "Bauring" als Unternehmen vollkommen intakt und gesund wäre, wenn er nicht die oben beschriebene "Fremdverschuldung" hätte. Private Unternehmer raufen sich jetzt um die einzelnen Teile des gesunden "Baurings". Die Schulden werden sozialisiert, d. h. die zahlt die Gemeinde Wien und somit wir alle. A.R. ★

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

Erscheint monatlich

das Konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30
Abonnements: pro Jahr Fr. 15.- (Ausland Fr. 18.-)
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zurich, Tel. ☎ (01) 47 34 00

Ein lieber Menschenfreund

Baurat h.c. Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Kallinger, einer der großen Bauunternehmer Wiens, steht mit seinen Aktivitäten zur Altstadtanierung am Judenplatz und Spittelberg seit längerem im Mittelpunkt öffentlicher Kritik. Diese wurde, unabhängig von ihrem politischen Standort, von fast allen Wiener Zeitungen getragen und unterstützt. Den Hauptvorwurf gegen Kallinger gibt vielleicht am besten eine Schlagzeile der "Arbeiter-Zeitung" wieder:

"Kallinger: Denkmalschutz als Geschäft. Die Liebe des Bauriesen zur Altstadt ist in Wahrheit ein sicheres Millionengeschäft."

Nun, Kallinger hat ein gesundes Selbstbewußtsein. Anlässlich der Präsentation seines Revitalisierungskonzeptes Spittelberg schrieb er "In eigener Sache": "Ebenfalls selbstverständlich ist es, daß ... Gegenstimmen ... ertönen werden, wie dies fast ausnahmslos bei allen im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Bauvorhaben der Fall ist und sind beispielsweise die seinerzeitigen Angriffe gegen die Erbauer der Wiener Staatsoper, des Rathauses, des Parlaments und insbesondere gegen Adolf Loos wegen des Hauses am Michaelerplatz in der Fachwelt zur Genüge bekannt. Mit den zu erwartenden negativen Stellungnahmen würde ich mich daher in ganz guter Gesellschaft befinden."

Es nützte nichts, er blieb verkannt, seine Gegner unbelehrbar. Und seitdem beschäftigt er die Gerichte. Zunächst mit Ehrenbeleidigungsprozessen. Anfang Juni schließlich flatterte eine Schadenersatzklage auf den Tisch von 15 Leuten, deren Inhalt ein grelles Schlaglicht auf das Denken eines typischen österreichischen Unternehmers wirft und die gleichzeitig so kurios ist, daß wir sie trotz ihrer Länge auszugsweise abdrucken:

An das Landesgericht für ZRS Wien

Museumstraße 12, 1010 Wien

Klagende Parteien: 1) Baurat h.c. Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Kallinger
Zivilingenieur für Bauwesen
2) Bauunternehmung Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Kallinger
3) "EWOG" Eigentumswohnungs-Bau- und Betriebs-
Gesellschaft m.b.H. Nfg. K.G.
4) "KAWOG" Wohnungseigentums-Gesellschaft m.b.H.
sämtliche 1071 Wien, Wimberggasse 30

vertreten durch: RA Dr. Heinrich Gussenbauer
1040 Wien, Schleifmühlgasse 2

Geklagte Parteien: 1) Gerhard Mayer, Redakteur der Wochenpresse
1191 Wien, Muthgasse 2, Pressehaus
2) Peter Rabl, Redakteur der Wochenpresse
1191 Wien, Muthgasse 2, Pressehaus
3) Herbert Löwi, Pseudonym N. Gluthammer, Redakteur d.
Arbeiterzeitung, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 93-97
4) Ernst Zipperer, Verantwortl. Redakteur d. Arbeiter-
zeitung, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 93-97
5) Dr. Erika Neubauer, Private, 1180 Wien, Khevenhüller-
gasse 6
6) Gerd Leitgeb, Redakteur d. Profil, 1010 Wien,
Marc Aurelstr. 4
7) Mag. Klaus Petermann, Redakteur, 1190 Wien,
Obersteingasse 11/2/5
8) Dr. Nikolaus Pogany, Redakteur des "ECCO"
1070 Wien, Seidengasse 3/3
9) Paul Kolm, Privater, 1020 Wien, Venedigerau 8
10) Friedrich Krammer, Redakteur der Zeitung
"WESTEND" 1051 Wien, Pilgramgasse 13
11) Dr. Rudolf Bachleitner, Redakteur, 1010 Wien, Karlgasse
12) Dr. Walter Felber, Privater, 1070 Wien, Kirchnergasse
13) Dipl.-Ing. Roland Schachel, Hochschulassistent,
1040 Wien, Elisabethplatz 8
14) Dipl.-Ing. Alfons Dworsky, Beamter, 1010 Wien,
Jordangasse 9
15) Peter Strasser, Redakteur der Kronenzeitung
1191 Wien, Muthgasse 2, Pressehaus

wegen: Schadenersatz, Unterlassung und Widerruf Streitwert S 900.000,-

K l a g e 16 fach, 1 Halbschr., 4 Vollmachten

- 2 -

1.) Ich, der Erstkläger, bin behördlich autor. Zivilingenieur für Bauwesen und geschäftsführender Mehrheitsgesellschafter der Zweit-Viertklägerin, die von mir gegründet wurde.

Beweis: Vorzulegende Handelsregistrauszüge, PV.

2.) Durch die von mir und die Zweit bis Viertklägerin entfaltete umfangreiche Bautätigkeit wurde durch 25 Jahre ein bedeutender Beitrag zur Erneuerung überalterter Bausubstanz geleistet. Diese unsere erfolgreiche Bautätigkeit scheint aus persönlichen Motiven das Mißfallen verschiedener Leute geweckt zu haben, die schon seit ca. 2 Jahren eine Hetzkampagne gegen uns und besonders gegen den Erstkläger in der Öffentlichkeit inszenieren. Vor allem die Beklagten haben sich daran besonders eifrig beteiligt und sind nicht davor zurückgeschreckt, auch schwer ehrenrührige Äußerungen und unwahre bzw. entstellte Tatsachen in aller Öffentlichkeit, meist durch Druckwerke zu verbreiten, die in hohem Maße geeignet sind, mein Ansehen als qualifizierter Fachmann im Bauwesen und das der Zweitklägerin als angesehenen, seit dem Jahr 1926 bestehende Bauunternehmung und der Dritt- und Viertklägerin als seit dem Jahre 1958 ("EWOG") und seit dem Jahre 1970 ("KAWOG") bestehende Wohnbauträger zu schädigen.

3.) Im einzelnen handelt es sich bei den von den Beklagten zu verantwortenden Ehrenbeleidigungen und Kreditschädigungen um folgende Fakten:

3.1) In der Ausgabe der "Wochenpresse" vom 17.7.1974 erschien ein vom Erstbeklagten verfaßter Artikel, in welchem ich, der Erstkläger, als Bauspekulant, abbruchlüsterner Baurat bezeichnet und bezichtigt werde, unter denkmalschützerischen Vorwänden meiner angeblich liebsten Tätigkeit, nämlich dem Abbrechen alter Häuser aus Spekulationsgründen nachzugehen.....

3.2) In der Arbeiterzeitung vom 5.7.1974 erschien ein vom Drittbeklagten verfaßter und mit seinem Pseudonym Gluthammer gezeichneter Artikel, in welchem der Erstkläger unterstellt wird, die Bemühungen der Gemeinde Wien zur Revitalisierung des sogenannten Spittelberges zu verhöhnern, und die unwahre Behauptung aufgestellt wird, es wären aus den betreffenden Häusern bereits die Installationen herausgerissen worden.....

3,5] In der Nr.20 vom 30.5.1974 des Wochenmagazins "PROFIL" wurde ein von der Fünftbeklagten verfaßten Leserbrief veröffentlicht, in welchem dem Erstkläger ein kulturloser Demolierwille nachgesagt und das Verhalten eines rücksichtlosen Spekulanten vorgeworfen wird....

3,8] Der Achtbeklagte hat als verantwortlicher Redakteur für einen im Wirtschaftsmagazin "ECCO" vom 24.7.1974 erschienenen Artikel einzustehe in welchem der Erstkläger als "Abbruchspezialist" bezeichnet und ihm der Plan unterstellt wird, die Häuser am Judenplatz verkommen zu lassen bis die Mieter das Grausen packt und sie die Häuser ohne Ablöswohnungen räumen. Der Erstkläger wird in diesem Zusammenhang auch als "Hausherren Mafia" apostrophiert.

Beweis: "ECCO" vom 24.7.1974

3,9] In der im letzten Quartal 1974 erschienenen Nummer der Wiener Bezirkszeitung "Westend" erschien ein vom Neuntbeklagten verfaßter Brief unter der Überschrift "Der Wolf im Schafspelz", in welchem der Erstkläger als Nr.1 unter den Bauspekulanten und Abbruchspezialisten

- 4 -

Wiens bezeichnet wird....

3,12] Der Zwölftbeklagte hat in einem von ihm namens einer Interessengemeinschaft Spittelberg verfaßten und mit 19.4.1974 datierten Flugblatt dem Erstkläger u.a. vorgeworfen, Hausabbrüche mit sehr dubiosen Methoden zu versuchen und des nachts Stromleitungen und Installationsrohre aus dem Haus Stiftgasse 33 entfernen lassen zu haben.

Beweis: Flugblatt vom 19.4.1974, Interessengemeinschaft Spittelberg

3,13] Der Dreizehntbeklagte hat in einer sogenannten Presseinformation vom 4.7.1974 dem Erstkläger u.a. in Bezug auf das Haus Stiftgasse 33 "die überfallsartige Reduktion der künstlerischen Substanz..." und "die insgeheime Demontage sämtlicher Gebäudeinstallationen" vorgeworfen. Überdies hat der Dreizehntbeklagte im Flugblatt den Erstkläger auch der Demolierung denkmalgeschützter Bausubstanz, der Mißachtung der Altstadtsschutzzone sowie der Deportation der Mieter beschuldigt und schließlich dem Erstkläger ein "metastatisches Auswuchern der privaten Spekulation" nachgesagt.

Beweis: Presseinformation vom 4.7.1974

3,14] Der Vierzehntbeklagte hat in einem von der Kronen Zeitung am 22.4.1975 veröffentlichten Interview den Erstkläger als "Abbruchspekulanten" geziehen und ihm die Umgehung der gültigen Baugesetze vorgeworfen.

3,15] Der Fünfzehntbeklagte hat in einem zum Interview des Vierzehntbeklagten verfaßten Artikel in der Kronenzeitung vom 22.4.1975 die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt, die Häuser Judenplatz 2 und Jordangasse 9 seien vom Abbruch bedroht, wobei ein Foto des Hauses Judenplatz 2 gebracht wurde, von dem allgemein bekannt ist, daß es von mir, dem Erstkläger bzw. der Viertklägerin restauriert wird.

Beweis: Kronen Zeitung vom 22.4.1975

4,0] Auch zahlreiche weitere Leute, so u.a. die Herren Felix Dvorak, Günther Feuerstein und Dr.Helmut Zilk haben gegen den Erstkläger und seine Firmen unwahre und kreditschädigende Behauptungen aufgestellt bzw. weiterverbreitet, Da dies aber nicht durch Druckwerke sondern vornehmlich durch Rundfunk und Fernsehsendungen gesach, werden wir diese Fakten gesondert verfolgen.

5,0] Ich, der Erstkläger, habe die vorstehend angeführten falschen Behauptungen und ehrenrührigen Angriffe der Beklagten auf meine Person und mein berufliches Ansehen zum Gegenstand von Presseehrenbeleidigungsklagen gemacht, die beim Strafbezirksgericht Wien anhängig sind. Neben der strafrechtlichen Haftung der Beklagten nach den §§ 487,488 und 491 StG bzw. nunmehr nach § 111 StGB (üble Nachrede) sind die Beklagten gem. § 1330 ABGB zur vollen Schadensgutmachung verpflichtet....

6,0] Da zumindest die meisten der inkriminierten Äußerungen geeignet sind, das Ansehen der Kläger zu schädigen und damit deren Kredit und berufliches Fortkommen ernstlich zu gefährden, liegt auf der Hand. Es steht auch außer Zweifel, daß die Beschuldigten ihre ehrenrührigen

- 6 -

Behauptungen vorsätzlich und wohl auch wider besseres Wissen aufgestellt haben, weil ihnen schon nach Art und Inhalt ihrer Behauptungen klar sein mußte, daß diese nicht wahr sind. Es sind daher auch die Voraussetzungen nach § 1330 Abs.2 ABGB ebenso wie nach Art.V der Strafrechtsnovelle 1929 erfüllt, sodaß wir berechtigt sind, von den Beschuldigten den Widerruf ihrer unwahren Behauptungen und die Veröffentlichung dieses Widerrufs zu begehren. Da offensichtlich im Hinblick auf die trotz eingebrachter Ehrenbeleidigungsklagen gegen uns andauernde Hetzkampagne eine Wiederholungsgefahr besteht, sind wir auch berechtigt, von den Beklagten die Unterlassung weiterer unwahrer Behauptungen über uns zu verlangen. Dieses Begehren bewerten wir mit

§ 200.000.-

8,1] Es ist offenkundig und bedarf daher wohl keines Beweises, daß eine Hetzkampagne in dem Ausmaß, wie sie von den Beklagten gegen uns in den Massenmedien durch Verbreitung unwahrer und herabsetzender Tatsachen geführt wurde, nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf unser Ansehen gewesen sein kann. Dies mußte zu einem entsprechenden Vertrauensschwund unserer Auftraggeber (Bauherren und Käufer von Eigentumswohnungen) und daher zu einer Umsatzminderung und damit zu einer Gewinnminderung führen, die bewertet werden kann wie folgt:

8,2] Die Dritt- und Viertkläger haben aus Wohnungsverkäufen auf eigenen Liegenschaften in den Jahren 1973 und 1974 folgende Umsätze erzielt:

	1973	1974
Ewog	34,232.984.-	34,557.000.-
Kawog	15,519.284.-	24,309.130.-
	49,752.268.-	58,866.130.-

Der einfachen Ermittlung halber wird ein Durchschnittsumsatz von 50 Mill.p.a. zugrunde gelegt.

Bei einem durchschnittlichen Gewinn von 10% ergibt dies einen Gewinn von 5 Mill. p.a. Durch die Hetzkampagne wird eine Umsatzminderung von 10% angenommen, weil zweifellos bestimmte Wohnungsinteressente infolge der Kampagne vom Kauf von Wohnungen bei diesen Firmen Abstand nehmen. Ein weiterer Interessentenkreis wird wahrscheinlich erwägen, ob er das Risiko des Kaufes bei diesen "anrüchigen Firmen" auf sich nehmen soll, wenn er dafür entsprechend billiger kaufen kann, d.h. solche Interessenten werden unter Berufung auf das Risiko bei diesen in "schlechtem Ruf" stehenden Firmen den Preis entsprechend drücken; auch aus diesem Grund wird eine Minderung des Verkaufserlöses um 10% angenommen und ergibt sich daraus eine ebenso hohe prozentuelle Minderung des Normalgewinnes von 5 Mill.p.a.um 10% dieses Gewinnes, d.i. eine Gewinnminderung bzw. Verlust von

§ 500.000.-

Hievon machen wir unter Vorbehalt der Geltendmachung weiterer Ansprüche, zunächst nur 20%, somit

§ 100.000.-

geltend.

8,3] Eine weitere Auswirkung des "schlechten Rufes" ergibt sich daraus, daß ein bestimmter Prozentsatz von Auftraggebern sich abhalten ließ, die Bauunternehmung Dipl.Ing.Dr.Adalbert Kallinger für Bauten zur Anbotstellung einzuladen. Diese negativen Unterlassungen lassen sich naturgemäß unmöglich im einzelnen Fall feststellen und können daher ebenfalls nur mit einem Wahrscheinlichkeitsprozentsatz angenommen werden.

Der jährliche Umsatz der Bauunternehmung abzüglich der Wohnhausbauten auf eigenen Grundstücken beträgt rund 300 Mill.Schilling.Wenn nur 5% Umsatzminderungen infolge Unterlassung von Einladungen zur Anbotstellung erfolgt sind, ergibt dies eine Umsatzminderung von 15 Mill.p.a. und bei einem dadurch verursachten Gewinnentgang von durchschnittlich 5% dieses Umsatzes einen Verlust

von p.a. § 750.000.-

Hievon machen wir unter Vorbehalt der Geltendmachung weiterer Ansprüche zunächst nur 20%, somit

§ 150.000.-

geltend.

- 8 -

8,4] Neben diesem entgangenen Gewinn von mind § 1.250.000.-

haben uns die Beklagten auch alle jene Aufwendungen und Barauslagen zu ersetzen, die wir zur Abwehr der Hetzkampagne und Verminderung der nachteiligen Auswirkungen machen mußten. Es sind dies Ausgaben für Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, erhöhte Werbekosten usw. die mindestens

§ 100.000.-

betrage.

8,5] Weitere Kosten bzw. finanzielle Einbußen sind, wenn auch ebenfalls im Einzelnen exakt nicht nachweisbar, zweifellos durch die Kreditschädigungen als Folge der entfachten Hetzkampagne und des begangenen Rufmordes entstanden..

- 9 -

9,0] Durch die Auswirkungen der Verleumdungskampagne wird uns auch in Zukunft und zwar mindestens im laufenden und kommenden Jahr ein weiterer Schaden, wenn auch in verminderter Höhe, erwachsen. Dessen ziffernmäßige Geltendmachung behalten wir uns für die Zukunft vor. Wir besitzen aber ein rechtliches Interesse an der Feststellung, daß die Beklagten uns auch zum Ersatz dieses erst in Zukunft entstehenden Schadens verpflichtet sind. Dieses Feststellungsinteresse bewerten wir mit

§ 200.000.-

....

Noch bevor es zur ersten Verhandlung kam, hatte Kallinger es sich wieder überlegt. Er zog die Klage gegen und nur gegen die Zeitungsleute zurück, nahm damit natürlich dem Prozeß die politische Brisanz. Seine Vorgangsweise begründete er in einem drei Seiten langen Brief, er wolle sich "dem unberechtigten Vorwurf, der Presse den Mund zu stopfen unter keinen Umständen aussetzen". Allen anderen, nämlich den Informanten der Presse, soll wohl der "Mund gestopft" werden. Das kommt auch billiger, als sich frontal gegen die Medien zu stellen.

Die letzte Bemerkung ist in den Augen Kallingers möglicherweise auch schon ehrenrührig. Denn er ist wie jeder Kapitalist vor allem Menschenfreund: "Ich bin im Rahmen meiner Unternehmungen für das wirtschaftliche Wohl für rund 1.000 Mitarbeiter und deren Familien, also für ca. 3.000 bis 4.000 Menschen verantwortlich. Meine Mitarbeiter haben ein moralisches Recht darauf, von mir Rechenschaft über meine Tätigkeit zu verlangen, aus der sie schließlich ihre wirtschaftliche Existenz ableiten. Wenn meine Tätigkeit diskriminiert wird, sind auch sie persönlich davon betroffen und erwarten von mir die Ergreifung aller Schritte gegen Verunglimpfungen, die letzten Endes auch auf sie zurückfallen. Weiters besteht in der derzeitigen kritischen Wirtschaftslage die Gefahr, daß durch den systematischen Rufmord die ohnedies gefährdeten Arbeitsplätze noch mehr bedroht werden und bin ich es meinen Mitarbeitern schuldig, dagegen alles in meiner Macht stehende zu unternehmen." (Aus dem erwähnten Brief an die Zeitungsredakteure.)

Kallingers Meinung, wer aus wessen Tätigkeit seine wirtschaftliche Existenz ableiten kann, wäre nicht weiter tragisch, sie spiegelt einfach das durchschnittliche Bewußtsein der Unternehmer wider. Tragisch ist, daß der Arbeiterbetriebsrat der Unternehmen Kallingers sich diesen Standpunkt in einem Schreiben an Politiker zu eigen gemacht hat. Solange sich hier nichts ändert sind die Aktivitäten Kallingers ungefährdet. Sie sind ja auch nicht außergewöhnlich, so funktioniert eben die kapitalistische Bauwirtschaft. Der Bau der Wohnung ist nur Mittel zum Zweck. Der Zweck noch allemal Profit. ★

Sieben Jahre „Normalisierung“ in der ČSSR

Der 21. August 1968 wird mehr als Ungarn 1956 oder Berlin 1953 in der Diskussion auftauchen, wenn es um Fragen des authentischen Sozialismus, um Arbeiterdemokratie und Verhältnis von kommunistischen und Arbeiterparteien zueinander geht. Sozialistische, kommunistische, revolutionäre Geister werden sich an dieser Frage scheiden: wie stehst du zur Tschechoslowakei, zur Intervention der 5 Warschauer Pakt-Staaten? Der Riß geht nicht nur zwischen feindlichen Brüdern, die wegen des jähen Endes des Prager Frühlings einander den Rücken gekehrt haben; t r o t z dieser Problematik bleiben sie zwar mitunter auch beisammen, aber solche Trutzgemeinschaft sieht auch danach aus. Die KPI und die PKP polemisieren offen vor aller Welt wie zwei feindliche Parteien, anscheinend ohne jeden Konsens und inneren Zusammenhang über weitaus weniger gravierende Probleme wie: Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Bündnispolitik. Die KPF überrascht die dekadente Bürgerwelt und ihre versumpfte parlamentarische Demokratie mit der Verheißung, niemanden im Falle einer sozialistischen Entwicklung in Frankreich zwangspsychiatisieren, gegen seinen Willen in Nervenheilanstalten einweisen zu lassen, überhaupt alles zu unterlassen, was die jetzige bürgerliche Verfassung in Frankreich ohnedies verbietet. Ist das ein Programm des Fortschritts, oder eines der Versicherung von Rückschritten im Falle eines Fortschritts?

Was der 21. August 1968 - und was alles so dahinter steckt, und das ist eine ganze Menge - an Bindungen und Verbindungen aller Art getrennt hat, wird auch kein Stalin mehr wieder binden können, kein alter und kein neuer. Die eigentümliche Dialektik der Geschichte will es so, daß dieser Tag nicht nur Denkmal eines ungeheuerlichen Prinzipienbruchs un-

ter Sozialisten und Kommunisten geworden ist, sondern damit auch zum Anstoß des Kampfes und Prinzipienstreites um unverfälschten Sozialismus und Kommunismus. Damit wollen wir nicht in das Horn jener "freiheitlichen" Sozialisten stoßen, die unter Sozialismus mit menschlichem Antlitz allzugern das rosige Make-up der Freiheit der Konkurrenz verstehen, in der stets einer über den anderen triumphiert; - oder die Freizügigkeit des Marktes, der alles regelt, Menschen und Dinge, ihre Beziehungen zueinander mittels dessen, was in diesem System ihnen allen zutiefst gemeinsam ist, nämlich der Preis. Noch wollen wir die alte Trommel jener Kommunisten rühren, die wie gute alte Christen zu den Quellen und den Vätern zurückgekehrt sind, zur Komintern seligen Angedenkens und zu Stalin, "unter dem Banner des Leninismus", und die nicht verstehen wollen, daß zu Prag 1968 nicht von großen auf kleine Revisionisten Hand angelegt wurde völlig form- und normwidrig, sondern daß dort einem historisch neu zu sich gekommenen (also authentischen) sozialistischen Prozeß der kurze bürokratische Prozeß gemacht wurde von den ebenfalls in dieser Rolle durchaus nach einiger Zeit der Schwankungen sich selbst wiedergefundenen (also authentischen) Erben des Stalinismus. Wir wollen aber auch nicht in die historische Kurzsichtigkeit jener Anti-Stalinisten verfallen, für die die Zeit bei ihrem Anti-Stalin-Idol, Stalins Gegenstück Trotzki stehengeblieben zu sein scheint. Wir unterscheiden nicht fein säuberlich zwischen Überbau-Sünden und Unterbau-Unrecht, zwischen nur politisch zu verändernden oder eben ökonomisch umwälzenden Herrschaftsformen, sondern wir meinen, daß bei beiden beides berührt werden muß, wenn auch in unterschiedlichem



Maße und verschiedenartiger Artikulierung. Die Umwälzung der Basis (der Produktionsweise und -verhältnisse) brachte in keinem der Länder, wo dies vollzogen wurde, automatisch die entsprechenden Auswirkungen im Überbau (in den Verkehrsformen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Kollektiv und Individuum).

Die wahre Tragödie des Prager Frühlings besteht eben in dieser unheilvollen Wechselwirkung zwischen bürokratischer Herrschaftssicherung in den Übergangsgesellschaften auf der einen und imperialistischer Expansion und Dynamik in den kapitalistischen Metropolen auf der anderen Seite. Aber der tschechoslowakische Prozeß 1968 ist der historisch erbrachte Beweis dafür, daß der Bürokratismus ein tief verinnerlichter Widerspruch in der Arbeiterbewegung selbst ist, daß die Bürokratie nicht einfach losgelöst von der Arbeiterschaft betrachtet oder gar als vollkommen fremder, feindlicher Gegensatz ihr gegenübergestellt werden kann. Sonst wäre der Erneuerungsprozeß als innerer Aufbruch im Prager Frühling unvorstellbar. Solche Bewegungen werden dann - wenn die interne Bürokratie eines Landes nicht mehr funktionsfähig ist -, wie am 21. August 1968 von der "brüderlichen", intakten, äußeren Bürokratie abgeblockt und zunichtegemacht, weil sie auch für diese eine Gefahr darstellen, und dies umso leichter, als sie gleichzeitig auch eine Gefahr für die imperialistischen Länder und deren Propaganda darstellen. Wäre der Mai 1968 in Paris in seinen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft nicht von einer ähnlichen bürokratischen Intervention seitens der Gewerkschaftsführung zum Scheitern gebracht worden - das Zusammenfallen dieser beiden Prozesse, des antikapitalistischen in Frankreich und des antibürokratischen in der ČSSR, hätte eine völlig neue Perspektive des authentischen Sozialismus in Europa eröffnet.

Wie sehr grundlegende politische Veränderungen in den Übergangsgesellschaften ökonomischer Notwendigkeit entsprechen, illustriert sehr gut die ČSSR in ihrer Entwicklung seit 1946.

Auswirkungen der „Normalisierung“

Eine Übersicht der tschechischen und slowakischen Partei- und Gewerkschaftspresse der vergangenen sechs Monate spricht für sich: Während unverkäufliche Waren in Milliarden-Werten gelagert werden (Ramsch), werden immer wieder chronische Engpässe in der Versorgung des Binnenhandels beklagt (Nedelna Pravda, Bratislava, 28.3.1975 und Nova Slovo, Organ des ZK d. KP d. Slowakei, Nr. 13/75). Die ständige Verteuerung der Waren im Handel und Gastgewerbe kritisiert Sloboda (Bratislava) am 21.3.1975. Von zehntausenden Beschwerden gegen schlechte Warenqualität schreibt Rude Pravo am 13.5.1975. Das Problem der Fertigbauteile in der CSSR wirft Sloboda am 23.5.1975 auf und stellt fest, daß laut amtlichen Angaben mindestens 28.617 aus solchen Fertigteilen errichteten Wohnungen ernsthafte Schäden aufweisen und repariert werden müssen. Rude Pravo (Prag) bringt am 23./24.1.1975 einen Bericht darüber, daß 3.400 Wohnungen in der 3. und 4. Bauetappe steckengeblieben sind und vollkommen unvollendet dastehen. Es nütze da wenig, daß um diese Zeit von den Bauarbeitern ein Sturmtempo (Sturmovstina) eingeschaltet wurde. Dafür gratisiert in der CSSR die Wochenendhaus-Manie, wie Lud (Bratislava) am 3.1.1975 aufzeigt. 1930 gab es 23.000 Wochenendhütten, zwischen 1945 und 1955 kamen 22.000 weitere dazu. Bis 1971 erhöhte sich die Zahl auf 150.000!

Die Kriminalität im kleinen und im großen hält ebenfalls Rekorde. In einer Übersicht über die Entwicklung der Kriminalität von 1952 bis 1973 wird festgestellt: Der Stand von 133.664 im Jahr 1952 verurteilten Personen ging bis 1960 auf die bisher niedrigste Zahl von 47.985 Verurteilten zurück. 1968 wurden 51.711 Personen verurteilt. 1970: 107.761, 1971: 138.779, 1972: 139.078, 1973: 117.225 Personen, das ist 120 % höher als der Stand von 1968 (Socialistcky Zakonost 10/74). Tribuna, Organ des ZK d. KP d. Tschechien, 9.4.1975, enthüllt die verschiedenen Korruptionsmethoden in den leitenden Stellen aller Lebensbereiche. Schon am 27.1.1975 wurde in der Pravda gegen die Plünderer von Staatseigentum Stellung genommen. Am 18.2. werden in derselben Zeitung die Methoden aufgedeckt, mit denen Millionenverluste durch Mißwirtschaft und Mißbräuche verursacht werden. Ein Lösungsversuch: Prace (Gewerkschaftsorgan) kommentiert am 25. und 29.4.1975 das neue Arbeitsrecht in der CSSR. Hier soll wörtlich zitiert werden:

"Eines der wichtigsten Gebiete, auf dem es durch das novellierte Arbeitsgesetz zu Veränderungen kommt, sind die Änderungen bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Unternehmungen und Institutionen (Organisationen) sowie bei der sofortigen Entlassung von Beschäftigten. Die Bestimmungen des § 48/Ic des Gesetzes zielen darauf ab, den Unternehmungen eine qualitätsmäßige Zusammensetzung ihrer Arbeitskollektive zu ermöglichen, Beschäftigte wegen Nichterfüllung der in den Arbeitsvorschriften festgelegten Anforderungen an die Ausführung vereinbarter Arbeiten zu kündigen. . .

Zu einer neuen Formulierung kommt es bei der Begründung einer sofortigen Entlassung wegen Bedrohung der Staatssicherheit. Nach § 53/Ic der Novelle kann das Arbeitsverhältnis mit sofortiger Wirkung gelöst werden, (d.h. ohne Kündigungsfrist) wenn der Beschäftigte die Sicherheit des Staates bedroht und sein Verbleiben im Unternehmen dessen normales Funktionieren verhindern würde. . . "

internationale nachrichten

Es ist keine Schulmädchenrechnung, wenn man annimmt, daß eine - von uns keineswegs gewünschte, nur zum Illustrationszweck fiktiv angenommene - Eingliederung der Tschechoslowakei nach 1945 ins kapitalistische System in diesem Land mit einer entwickelten Schwer- und Konsumgüterindustrie eine wirtschaftliche Expansion nur vergleichbar jener in der BRD hervorgerufen hätte. Heute ist die CSSR bereits von der unter weitaus ungünstigeren Voraussetzungen gestarteten DDR auf vielen entscheidenden Produktionssektoren überflügelt worden. Die Ursachen für die unglaublichen Fehlplanungen, für die gigantische Ausschußproduktion, für Verschleiß und Massendiebstahl an Gütern und Leistungen ist in der Politik der verantwortlichen Instanzen, vor allem der Partei zu sehen. Diese "kollektive" Vergeudung von unermeßlichen gesellschaftlichen Reichtümern geht und ging stets auf Kosten der Massen der arbeitenden Bevölkerung. Wenn wir keine sozialistischen Fetischisten sein wollen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Sozialismus nicht nur moralische

und politische, sondern auch reale Bedürfnisbefriedigung auf höherer qualitativer Ebene bedeutet. Sonst ist es frommer Wunsch, Potemkinsches Dorf, Selbstlüge. Der antiimperialistische Kampf in den Ländern der 3. Welt richtet sich nicht allein gegen Dekadenz und Unmoral der Herrschenden, er ist vor allem der konkrete Kampf gegen Ausbeutung und Übervorteilung auf heimischen Boden und auf dem Weltmarkt, er setzt sich die Bekämpfung und Abschaffung des Massenelends, des Hungers und der Krankheiten zum Ziel. Der Kampf um Sozialismus, auch der Arbeitskampf muß sich - wenn auch nicht am quantitativen so doch - am qualitativen Wohlstand, an Bedürfnisbefriedigung orientieren, die mit anderen Mitteln aber durchaus effizient den Konsummechanismen der kapitalistischen Wirtschaft gültig und überzeugend entgegengesetzt werden kann, anstatt diese in viel schlechterer Quantität und Qualität zu kopieren. Es geht also um politische und ökonomische Versäumnisse, Mängel und Fehler.

Z.P. ★

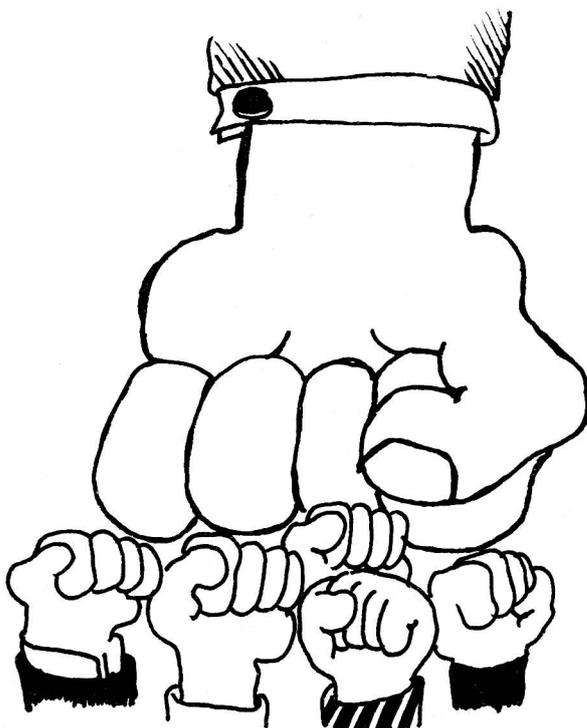
Argentinien: Isabel's letzter Tango

"Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce."

Marx, "Der 18. Brumaire
des Louis Bonaparte"

Nicht nur welthistorisch, auch im engeren historischen Rahmen eines Landes wie des krisengeschüttelten Argentinien scheint dies zuzutreffen, sowohl was die seinerzeitige Rückkehr Perons an die Macht, als auch die Wirkung seiner zweiten Frau Isabel betrifft. Läßt sich diese auch gern als "Isabelita" rufen, sie vermag den charismatischen Mythos um die erste Frau Perons, Evita, nicht nur nicht zu wiederholen, sie ist bestenfalls eine Karikatur Evitas, deren persönlicher Integrität und Ausstrahlung auch Peron seinen eigenen Aufstieg verdankte.

Wir wollen nicht im Illustriertenstil politische Ereignisse kommentieren, aber die Entwicklung in Argentinien läßt sich ohne die Erwähnung dieser äußerst dominierenden, auf Persönlichkeiten beruhenden Komponente schwer verstehen. In Argentinien kostümieren sich die Klassengegner und Klassenkämpfer fast ausnahmslos mit dem Gewand des Peronismus, wie eng und weit geschneidert der Begriff auch jeweils





sein mag. Die bürokratisierten Gewerkschaften, Hauptpfeiler der Peronistischen Bewegung, berufen sich ebenso auf Peron wie die Monteneros, der linke Flügel der Bewegung, der nach dem Tod Perons am 1. Juli vorigen Jahres wieder in den Untergrund gegangen ist und der durch aufsehenerregende Entführungen und bewaffnete Anschläge von sich reden machte.

Zu Perons persönlicher Erbschaft gehört nicht nur seine zweite Frau, sondern der hinter ihr als Graue Eminenz bisher alle Entscheidungen treffende und den neuen Kurs im Land bestimmende Lopez Rega, zuerst Butler, später privater Sekretär Perons. Er soll nicht nur die ehemalige Night-Club-Tänzerin und jetzige Ministerpräsidentin mit Peron bekanntgemacht haben, sondern seit Perons Tod auch uneingeschränkten privaten und politischen Einfluß auf sie ausüben. Dieser Mann, der als Wohlfahrtsminister mit dem aus Vergnügungssteuern (Pferderennen, Lotto, Toto, Abgaben von Spielcasinos) finanzierten Budget seines Ministeriums die faschistische AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) gemeinsam mit dem Polizeichef aufbaute und gegen jede oppositionelle Bewegung tödlichen Terror entfesselte, ist der Verfasser von so

illustren Büchern wie: "Esoterische Astrologie", einer Sammlung seiner Gespräche mit dem Erzengel Gabriel, "Spiritistische Kenntnisse", "Die Sprache der Sterne" und last not least einer "Polizeilichen Astrologie"! Vor allem aber seine Praxis solcher "Wissenschaft" (gezielte Mordanschläge, Folterungen, Auswerfung von Kopfprämiolen u. v. a. m.) trug ihm im Volksmund den Namen "der Hexer" ein.

Lopez Rega besetzte nach und nach alle Schlüsselpositionen in der Regierung und Verwaltung mit seinen Vertrauensleuten und ließ durch "seinen" Wirtschaftsminister im Frühjahr 1975 einen Kurs nach brasilianischem Muster einschlagen: Einfrierung der Löhne bei einer galoppierenden Inflation (1974: 40%, 1975: 80%)!

Der zweitbestgehaßte Mann in der Lopez-Rega-Clique wurde eben dieser Wirtschaftsminister Selestin Rodrigo vollends, als er Anfang Juni d. J. die drastische Erhöhung der Tarife für Gas, Strom und Transport verkündete (Benzin 200%, Milch und Brot um 50%).

Solche Maßnahmen bei Limitierung der Lohnsteigerungsquote mit maximal 30% mußte logischerweise auch die Spitze der Gewerkschaftsbürokratie

zwecks Absicherung dieser Politik aufs Visier nehmen. Die bis dahin den mörderischen Machtkampf zwischen Rechts- und Linkspersonen eher abwartend verfolgende argentinische Arbeiterschaft reagierte nun auf den massiven Angriff auf ihre materiellen Existenzmittel mit erheblicher Radikalisierung, Streiks, Demonstrationen, Zusammenstöße mit der Polizei häuften sich, und die vorerst auf Mäßigung bedachte Gewerkschaftsbürokratie trat angesichts der Bedrohung ihrer Positionen und der Gefahr des Verlustes der Kontrolle über die Arbeiterschaft die Flucht nach vorne an. Als die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen bis zu 130% von der Regierung storniert und auf 50% maximal herabgesetzt wurden, wurde ein Generalstreik ausgerufen, der das Land buchstäblich lahmlegte. Auch der letzte verzweifelte Schachzug der Witwe Perons schlug fehl: ihre Erklärung vor 500 Offizieren am Tag der Ausrufung des Generalstreiks, sie würde für ihr Land selbst ihr Leben opfern, wurde mit eisigem Schweigen quittiert. Die neutrale Haltung der Militärs, die selbst bestimmen wollen, wann sie und wie sie intervenieren, sowie die Entschlossenheit der Arbeiterschaft führte zunächst zu einer Kapitulation der Regierung in Form ihres geschlossenen Rücktritts und der Akzeptierung der ursprünglich ausgehandelten Lohnerhöhungen. Damit ist eine noch dramatischere Zuspitzung der politischen Situation bis zum Umschlagen in einen Militärputsch und/oder Bürgerkrieg abgewendet worden. Die Gewerkschaftsbürokratie, die bei dem Konflikt selber erheblich unter's Diktat ihrer eigenen Basis geraten war, beeilte sich nach Abbruch des Generalstreiks zu versichern, daß ihr an der Gesundung der nationalen Wirtschaft gelegen sei, weshalb sie die von ihr geführte Arbeiterschaft dazu verpflichtete, monatlich einen Tag unentgeltlich zu arbeiten!

Damit ist aber das Ende des Systems in Argentinien nicht aufgehoben, sondern nur kurzfristig aufgeschoben worden. Denn hinter den Kämpfen um politischen Einfluß steht die eigentliche Ursache aller Bewegung, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Perons Comeback beruhte auf der Illusion, er würde mit seinem Prestige bei Unteren und Oberen, bei der nationalen Bourgeoisie, beim Mittelstand und bei der Arbeiterschaft, Wunder wirken. Die veralteten Produktionsstrukturen des Landes führten zur Stagnation, und die Frage war, auf wessen Rücken



ihre Sanierung erfolgen sollte. Peron versuchte es auf seine Weise: er propagierte ein "großes nationales Übereinkommen", das die Gewerkschaften und die nationale Bourgeoisie hinter der Regierungspolitik vereinigen sollte, die auf die Dritte Welt orientiert war, die Öffnung zu den Volksdemokratien anstrebte und die multinationalen Konzerne zugunsten der Akkumulation der nationalen Kapitale zurückzudrängen versuchte. Als dann Lucifer mit Beelzebub ausgetrieben wurde, brauchte man den Teufel nicht mehr an die Wand zu malen: er stand leibhaftig da. Der Schwarzhandel blühte, die Währung verfiel, statt zu investieren, wurden Spekulationsgeschäfte en gros betrieben. Der "Plan Rodrigo" nach dem Tod Perons bestand eben darin, "höherer" kapitalistischer Logik Rechnung zu tragen. Dem multinationalen Kapital wurde Tür und Tor geöffnet, durch Abwertung wurde der Export angekurbelt, Kreditbeschränkungen zur Dämpfung der Inflation eingeführt.

Und damit war der kapitalistische Teufelskreis auch in Argentinien wieder einmal geschlossen.

Z. ★

Großbritannien: Reformistische Militanz

Der Chrysler-Streik in Coventry

Interview mit zwei Chrysler-Betriebsräten (A. Enever, G. Jones)

OL: Wie kam es zum Streik?

G.J.: Unser Werk hatte bis 1969 ein Akkordlohnsystem. Die Beschäftigten erreichten bis dahin die höchsten Löhne unter den manuellen Arbeitern in den Autofirmen um Coventry. 1969 wurde dann bei Chrysler ein Zeitlohnsystem, verbunden mit analytischer Arbeitsplatzbewertung, eingesetzt. Am Anfang fuhren wir damit, was die Lohntüte betrifft, recht gut. Aber das stellte sich als Lockmittel heraus. Im Laufe der Zeit verloren wir bei den Löhnen den Spitzenrang. In Großbritannien gibt es die Regel, daß man bei Stücklohnsystemen besser abschneidet. Mit unserer Vertretungsstruktur unmittelbar am Arbeitsplatz besitzen wir eine gute Kontrolle über alle akkordähnlichen Lohnsysteme. Bei den verschiedensten Zeitlöhnen bekommt aber wieder das Management leichter die Kontrolle in die Hand. Hier in Coventry bekommen Arbeiter in Betrieben mit Stücklohn bei vergleichbaren Arbeiten oft 10 Pfund wöchentlich mehr an Lohn ausbezahlt. Wir erhalten ca. 50 Pfund wöchentlich (weniger als 2.000 Schilling). So war das Zurückbleiben unserer Löhne gegenüber vergleichbaren Firmen ein Grund für den Streik.

OL: Was war der unmittelbare Streik-anlaß und wie verlief der Streik?

G.J.: Die Unternehmensleitung wollte Lohnverhandlungen hinausschieben. Wir haben jetzt Preissteigerungen von 3% im Monat, das ergibt in diesem Jahr eine dreißigprozentige Inflation. Es war klar, wir wollten unsere Lohn-erhöhung so bald als möglich. Die Unternehmer stiegen auf keine Verhandlungen ein. So empfahlen Anfang Mai die Betriebsräte in den Streik zu treten, was von den 4.000 Arbeitern in einer Massenversammlung mit überwältigender Mehrheit gebilligt

wurde. Leider wurde der Streik nicht sehr kämpferisch geführt. Es wurden keine Streikposten aufgestellt, es gab keinen Versuch sich den internationalen Machinationen von Chrysler in den Weg zu stellen, kaum Massenmeetings während des Streiks, keine Streiknachrichten vom streikführenden Betriebsrätekomitee. Die Streikenden verbrachten die meiste Zeit, isoliert voneinander, zu Hause in ihren eigenen vier Wänden. Die offiziellen Gewerkschaftsorgane sprachen sich gegen den Streik aus. Sie zahlten bis jetzt keine Streikunterstützung und sie stellten ihre Gebäude nicht als Streikhauptquartiere zur Verfügung. Das ist kein Einzelfall: 95% aller Streiks hier in Mittelengland sind "wilde" Streiks, die nur selten im nachhinein von den Gewerkschaften unterstützt werden. Nach dem Streikbeginn machte die Unternehmensleitung ein Angebot die Löhne um 8 Pfund wöchentlich anzuheben, unsere Forderung steht aber bei 15 Pfund.

OL: Zugleich schlug das Management vor, die betriebsbezogenen Lohnverhandlungen zugunsten gemeinsamer überregionaler Vereinbarungen aller Chrysler-Firmen in Großbritannien aufzugeben. Was halten Sie davon?

A.E.: Ford hat schon diese Verhandlungsform, langfristig ist das für alle davon betroffenen Arbeiter nachteilig. Kurzfristig bekommen Firmen mit niederm Lohnniveau höhere Lohnzuwächse, aber langfristig schaut weder für die Schwächeren noch für die Stärkeren mehr heraus. Betriebe mit besserer gewerkschaftlicher Verhandlungsposition müssen auf diesen Vorteil verzichten, die schwächeren Betriebe verlieren so in den stärkeren Betrieben ein Kriterium, dem sie nachstreben können. Einkommensnivellierung, schön und gut, aber wie können wir kontrollieren, daß die Opfer, die die "Vorreiterbetriebe" bringen, den Arbeitern in den anderen Betrieben wirklich zugute kommen?

OL: Ich glaube, der beschränkte Charakter des Streiks zeigt sich u. a. darin, daß Premier Wilson die Arbeiter von Chrysler mit ihren eigenen Waffen angreifen kann. Nach dem Programm der Labour Party und der meisten Gewerkschaften, müßte die Autoindustrie schon längst verstaatlicht sein. Die Streikenden betonen nachdrücklich, in ihrem Streik geht es nur um eine Lohnfrage. Trotzdem scheut Wilson nicht davor zurück, die Arbeiter als Falschspieler zu bezeichnen, er sagte sie sprächen von höheren Löhnen, meinten aber tatsächlich Nationalisierung. Das zeigt irgendwie das politische Klima, wenn eine Verstaatlichungsforderung (auch wenn sie gar nicht gestellt worden ist) als Mittel der Diskreditierung dienen kann.

G.J.: Wilson hat recht, es war ein politischer Streik, nur wurde das den Streikenden erst nach der Erklärung Wilson' etwas klarer. Daher wurde die Forderung nach Nationalisierung von den Betriebsräten nicht erhoben. Indem sich Wilson zum Beschützer des Multis Chrysler aufspielt, richtet sich auch der Streik gegen ihn. Weiters ist ein Kampf von einer solchen Größenordnung und mit einem solchen Gegner in seinen Auswirkungen politisch. Momentan schien es aber den meisten Streikenden nur um einen höheren Lohn zu gehen.

OL: Chrysler droht sich aus Großbritannien zurückzuziehen, da es dort in den roten Zahlen stecke.

A.E.: Allein eine solche freche Drohung, in der tausende Arbeiter als Geisel verwendet werden, würde eine Nationalisierung rechtfertigen. Das mit dem Verlust ist Unsinn. Die Produktion steigt ständig, letztes Jahr gab es kaum Arbeitsausfälle wegen Streiks. Was bedeuten die behaupteten 700 Millionen Schilling Verlust? In Großbritannien sind die Profitsteuern höher als im Iran oder in der Schweiz. Durch interne Verrechnungsmanipulationen können die Multis überall Verluste oder Gewinne nach Belieben deklarieren. In diesem Sinne machte eben Chrysler letztes Jahr in Großbritannien Ver-

luste. Sicher steckt die Autobranche allgemein in einer Krise. Wir haben diese nicht geschaffen. Wenn Chrysler nicht mehr imstande ist tragbare Löhne zu zahlen, so ist das ein weiteres Argument für eine Nationalisierung.

OL: Chrysler schlug nun in der Krise ein Mitbestimmungsmodell vor. Was bedeutet es? Wie reagierten die Gewerkschaften?

A.E.: Die Betriebsräte in ihrer Gesamtheit sind sich noch nicht im klaren. Die Gewerkschaftsspitzen unterstützen dieses Modell. Sie würden in ein paar Gremien mehr sitzen und könnten sich so der Illusion hingeben, mehr Macht als zuvor zu besitzen. Unsere Stellung: Mitbestimmung in der Krise ist zwecklos. Was haben wir davon, wenn uns durch die Geschäftsbücher, egal ob sie frisiert sind oder nicht, nachgewiesen wird, wir sollten Maßhalten bei den Löhnen und schneller arbeiten. Das Management schlug eine Profitbeteiligung vor, es sagte bei anderen Gelegenheiten, in Großbritannien keine Profite machen zu können. Am gefährlichsten in den Management-Vorschlägen erscheint uns der Versuch den Betriebsräten ihre Autonomie zu nehmen. Sie sollen sich in langatmigen Lohn- und Schlichtungsprozeduren der Belegschaft entfremden, die Streikwaffe soll stumpf werden, denn die Sprüche der Schlichtungsstellen sollen bindend sein.

OL: Die Presse versuchte die Ehefrauen der Streikenden gegen ihre Männer auszuspielen.

A.E.: Ja das stimmt, manchmal erfolgreich. Ich bin glücklich sagen zu können, daß meine Frau später eine Gegenaktion startete und so den Presseleuten vor dem Fabrikseingang das Vergnügen verdarb, ein Bild der unpolitischen, rückschrittlichen Arbeiterfrau der Öffentlichkeit vorzustellen. Diese Aktionen halfen den Männern zu erkennen, daß es entscheidend ist, die Frauen in Diskussionen und Aktionen über den Streik von Anfang an einzubeziehen.

OL: Nun die letzte Frage: Was heißt das, die britische Arbeiterschaft sei militant? Militant auch politisch?

A.E.: Im internationalen Maßstab sind die britischen Arbeiter und auch die Gewerkschaften militant, aber nur in gewerkschaftlicher, defensiver Hinsicht: Sie meinen sie seien für Löhne und Arbeitsbedingungen zuständig und die Labour Party für die "große Politik". Sie wollen der Labour Party nicht ins Geschäft pfeuschen, dasselbe erwarten sie von der Labour Party ihnen gegenüber in gewerkschaftlichen Fragen. Ein anderes Beispiel: Bei den meisten Gewerkschaftskongressen wird zunächst ein allgemeines Bekenntnis zum "Sozialkontrakt" abgegeben (die Regierung verspricht niedere Lebensmittelpreise und höhere Sozialleistungen und die Gewerkschaften versprechen Lohnmäßigung). Im konkreten Forderungsprogramm sind die Gewerkschaften dann nicht mehr so maßvoll. Ideologisch sind sie für Klassenharmonie aber in der unmittelbaren Praxis sind verschiedene Gruppen in der Arbeiterschaft sehr militant. In unserem Betrieb hatten wir so starke Verhandlungspositionen - jetzt zwar weniger -, daß wir nicht auf Unterstützung von anderen Betrieben angewiesen waren, nicht einmal von ande-

EINE FRAUENZEITSCHRIFT

ERSCHEINT VIERMAL IM JAHR

BESTELLUNGEN AN:
1090 WIEN,
TENDLERGASSE 6/1-2

EINZELPREIS: 15,- S
ABONNEMENT: 50,- S; DM 10,-
sfr. 11,-
AUSLAND INKLUSIVE PORTO

ren Chrysler-Firmen. Wir erreichten verhältnismäßig leicht Lohnerhöhungen, wir brauchten dazu keine Solidaritätskampagnen. In Zukunft ändert sich das bestimmt. Man versucht die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, mit Arbeitslosigkeit, Inflation und deflationärer Politik.

Es gab kaum einen europäischen Staat, wo nach 1945, wie in Großbritannien, die Gewerkschaften führend am Sturz von zwei Regierungen beteiligt waren, 1970 war es die Labour-Regierung und einige Jahre später die konservative Regierung. Im scharfen Gegensatz dazu steht aber die politisch-ideologische Ausrichtung der Gewerk-

schaften. Großbritannien ist reich an Kämpfen und arm an sozialistischen Organisationsansätzen und antikapitalistischen Strategien.

+ + +

Einen Tag nach diesem Interview wurde der Streik abgebrochen. In einer Urabstimmung entschloß sich die Mehrheit der Arbeiter für die Empfehlung der Betriebsräte zu stimmen, momentan das Unternehmerangebot anzunehmen und neuerliche Lohnverhandlungen in naher Zukunft mit dem Management aufzunehmen.

Für "offensiv links" führte das Interview H. S. ★

Italien: Regionalwahlen

Zwei Stellungnahmen, unmittelbar nachdem die ersten Ergebnisse eingetroffen waren, kennzeichnen die Situation in Italien nach den Wahlen und zeigen, daß diese Wahlen nationale, ja übernationale Bedeutung hatten. Der Generalsekretär der KPI **Berlinguer** wertete das Ergebnis als eine Antwort auf alle, welche die KPI von der Regierungsverantwortung ausschließen wollen. Dies entspricht dem Konzept, nach dem die KPI den Wahlkampf geführt hatte: nicht so sehr gegen die Christdemokraten als gegen ihren rechten Flügel unter dem Parteisekretär **Fanfani** gerichtet, der jede Regierungsbeteiligung der KPI strikt abgelehnt hatte. Der SP-Mann und ehemalige Wirtschaftsminister

tung ausschließen wollen. Dies entspricht dem Konzept, nach dem die KPI den Wahlkampf geführt hatte: nicht so sehr gegen die Christdemokraten als gegen ihren rechten Flügel unter dem Parteisekretär **Fanfani** gerichtet, der jede Regierungsbeteiligung der KPI strikt abgelehnt hatte. Der SP-Mann und ehemalige Wirtschaftsminister

Giolitti hingegen meinte, es gibt jetzt in Italien eine große sozialdemokratische Partei, die das Unglück hat, kommunistisch genannt zu werden. Tatsächlich steht der linke Parteiflügel der Sozialisten links von der KPI.

Die Christdemokraten (DC) waren in diesem Wahlkampf mit einem Kreuzzugs-konzept aufgetreten. 30 Jahre Mißwirtschaft in den von ihnen verwalteten Provinzen und Regionen und auf nationaler Ebene kamen mancherorts in einem regelrechten Zusammenbruch der Verwaltung zum Ausdruck, z. B. in Rom. Nachdem der Partei ein Kollaps vorausgesagt worden war, schaltete **Fanfani** auf Antikommunismus als den gemeinsamen Nenner der zerstrittenen Partei. Vielleicht hat dies die Niederlage gebremst, verhindert hat er sie nicht: eine Reihe christlicher Organisationen gaben die Parole aus, diesmal links zu wählen, wie z. B. die "Christen für den Sozialismus". Sogar die italienischen Bischöfe wagten es diesmal nicht, eine unverhüllte Wahlempfehlung zugunsten der DC auszugeben. So hat die DC denn auch gerade im Randbereich Stimmen verloren, und zwar so massiv, daß selbst der Zuzug aus dem rechten Lager dies bei weitem nicht aufwiegen konnte.

Die KPI hingegen hat auf allen Linien gewonnen. Mit ihrem kompromißbereiten Verhalten auch den linken Strömungen in der DC gegenüber schien sie sich als einzige glaubhafte Alternative der korrupten Regierungspartei gegenüber anzubieten.

Das dehnbare Konzept des historischen Kompromisses erlaubte es ihr, die verschiedenen Auffassungen in der Partei und an ihren Rändern zu einen. Der Wahlsieg der KPI ist der größte, den die KPI jemals verbuchen konnte. Fraglich bleibt jedoch, ob sie ihn im eben solchen Ausmaß auf nationaler Ebene wiederholen kann. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß sie ihre Mehrheiten in den drei roten Regionen Emilia Romagna, Umbrien und Toskana ausbauen konnte und zusammen mit der PSI eine

	Regionalwahlen 1970			Regionalwahlen 1975		
	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
DC	10,303.236	37,8	287	10,707.682	35,3	277
PCI	7,586.983	27,9	200	10,149.135	33,4	247
PSI	2,837.451	10,4	67	3,636.647	12,0	82
PSDI	1,897.034	7,0	41	1,700.983	5,6	36
MSI	1,621.170	5,9	34	1,951.011	6,4	40
PRI	787.011	2,9	18	961.016	3,2	19
PLI	1,290.715	4,8	27	749.749	2,5	11
PSIUP	878.697	3,2	16	-	-	-
PDUP/DP*	-	-	-	417.725	1,4	8
Andere	29.482	0,1	-	70.789	0,2	-
Gesamt	27,231.789	100,0	690	30,338.737	100,0	720

* PDUP bzw. DP kandidierten nur in 10 Regionen und erhielten dort 1,84% der Stimmen.

(1) Stimmen; (2) Prozente; (3) Sitze in den Regionalräten.

Mehrheit in den Regionen Ligurien, Piemont und den Marchen gewann und möglicherweise auch in der Lombardei die Regionalregierung stellen wird; dazu kommen noch Mehrheiten in elf Großstädten, darunter Rom.

Die zweite Partei der historischen Linken, die Sozialisten (PSI), gewannen ebenfalls an Stimmen und Mandaten. Ihre innere Zerrissenheit ermöglicht es ihr aber nicht, eine klare Linie zu verfolgen. So stimmte z. B. die Abgeordnetenfraktion im Mai den von der rechten DC lancierten Notstandsgesetzen zu, während prominente Vertreter der Parteilinken sich an der Kampagne gegen diese Gesetze beteiligten. Die Gesetze wurden schließlich gegen die Stimmen der KPI und der unabhängigen Linken beschlossen.

Schließlich ist die Kandidatur der PDUP (Manifesto sowie ein Teil der

ehemaligen PSIUP) interessant. In fünf Regionen kandidierte sie allein, in fünf weiteren gemeinsam mit der Gruppe "Avanguardia operaia" unter dem Namen "Democrazia proletaria". Diese Kandidatur verstand sich als ein Sammelpunkt der Kräfte links von der KP, als eine Alternative für alle jene, die das politische Konzept des historischen Kompromisses ablehnen. Diese Liste erreichte dort, wo sie kandidierte, knapp 2% und im ganzen 8 Sitze. Es war ein mäßiger Erfolg. Diese Liste hat vor allem unter dem Argument der verlorenen Stimmen von Seiten der KPI zu leiden. Das schwerwiegende Urteil liegt wohl darin, daß es dem PDUP nicht gelang, über politisierte Studenten- und Arbeitergruppen hinauszukommen. Doch muß hinzugefügt werden, daß die Wahlergebnisse die tatsächliche Kraft der PDUP nicht widerspiegeln.

-A.R.- ★

zuprellen und durch Ausschaltung aller formaldemokratischen Einrichtungen des Landes mit jeglicher Opposition - von links und von rechts - großaufzuräumen.

Die Ausrufung des Ausnahmerechts kann nicht zentraler Punkt einer kritischen Bewertung der Ereignisse in Indien sein, denn die indische "Musterdemokratie" nach westlichem Vorbild war ohnedies nie anders als abgehobene Sphäre inmitten eines brodelnden und chaotischen Kessels von Massenhungertod, Massenarbeitslosigkeit, extremem Regionalismus, Sprachen- und Religionsstreits ohne Ende. Der Vorwurf des Korruptionismus muß zudem geradezu heiter stimmen in einem Land, dessen einziges intaktes und allgemein funktionierendes System eben die Korruption ist.

Für uns sollten jene Fragen von Interesse sein, die unter der Lawine begraben zu werden drohen, welche durch den Richterspruch ins Rollen gebracht wurden.

Indien: Indira Gandhis „Ramatama“

Am selben Tag, an dem Premierministerin Indira Gandhi von einem Gericht in Allahabad korrupter Wahlpraktiken für schuldig befunden wurde, fand die Stimmauszählung im westindischen Bundesstaat Gujerat statt. Das Ergebnis war für die Neue Kongreßpartei Gandhis niederschmetternd: sie verlor fast die Hälfte ihrer Sitze. (Sie hatte 140 von insgesamt 168 Sitzen inne. Im neuen, auf 182 Sitze erweiterten Landtag, hatte die Kongreßpartei nur mehr 74 Sitze!) Dabei hatte sich Indira Gandhi an diesem Wahlkampf besonders stark persönlich engagiert.

Spätestens am 15. März 1976 mußte aber ein neu gewähltes Parlament einen Premierminister beauftragen, eine neue Regierung zu bilden. Selbst wenn der Oberste Gerichtshof das Urteil gegen I. Gandhi so lange völlig ruhen lassen würde, bis er eine endgültige Entscheidung getroffen hat - mit einer solchen Hypothek könnte I. Gandhi mit ihrem an und für sich schon ramponierten Image als Erlöserin von sozialem Unrecht und politischer Unterdrückung in Indien

kaum zukunftsfröh in den Wahlkampf ziehen.

Bei den Wahlen im März 1971 wurde die Neue Kongreßpartei unter I. G. überragende Siegerin. (Es fielen ihr über 2/3 aller Mandate zu). Fast scheint es, daß I. Gandhi der Richterspruch - mag er nun tatsächlich auf die Initiative einer standesbewußten Richterschaft in Indien oder auf sanfte Ermunterung von außen zurückzuführen sein - den willkommenen Anlaß bot, rechtzeitig vor-

Es sind zunächst die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse Indiens, die ihren deutlichen politischen Ausdruck in der Spaltung der Kongreßpartei Nehrus Ende 1969 fanden. Das "Syndikat" (der alte Kongreß) repräsentiert die Groß- und Kompradorenbourgeoisie, den Großgrundbesitz und Teile des ausländischen Kapitals, während sich der Neue Kongreß I. Gandhis auf die Nationalbourgeoisie, die Mittel- u. Großbauern stützt. Beider Anhang erstreckt sich weiters auf die in Indien zahlenmäßig übergewaltige

HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN

BOOK POWER





Sitzen lieber für eine Koalition mit dem Neuen Kongreß! Beide CPI's sind neben mittleren und kleinen Bauern vor allem im städtischen Proletariat verankert, dies aber auch nur stärker und ausgeprägter in bestimmten Regionen und Bundesstaaten.

Die von der CPI (M) abgespaltene CPI (ML) übernahm zunächst ganz starr das Maosche Konzept des Kampfes auf dem Land und erweiterte erst später ihre revolutionäre Taktik auf die Städte. Sie gewann erheblichen Einfluß auf die Naxalbari-Revolte. (Erst am 12. 6. 1975 meldete der International Herald Tribune, daß die Naxaliten wieder aktiv geworden sind. Sie gingen wieder mit bewaffneten Aktionen in Andhra Pradesh gegen Großgrundbesitzer und Polizeistationen auch in Westbengalen vor.)

Während die CPI (ML) unerschütterlich von der in jeder Situation und Lage richtigen und gültigen Linie der Partei ausgeht, versucht eine andere maoistische Gruppe, die Andhra-Kommunisten flexibler vorzugehen und zwischen dem Stand der Kämpfe und der Verankerung in den Massen die realistische Distanz mit ins politische Kalkül zu ziehen. Ein Großteil dieser Gruppe ist noch vor Verhängung des Ausnahmezustandes und der anrollenden Massenverhaftungswelle in den Untergrund gegangen. Ein anderer Teil von ihnen füllt nun die Gefängnisse zusammen mit Oppositionellen aus der rechten "Großen Allianz" und dem "Syndikat", sowie widerspenstigen Mitläufern aus der eigenen Partei I. Gandhis.

Die CPI (R), die moskauhörige KP, blieb unangetastet. Von ihr braucht I. G. auch wirklich nichts zu befürchten. Sie wird braver und folgsamer sein, als der eigene linke Flügel des Neuen Kongreßes. Und mit ihr jubelt Moskau über die von I. Gandhi entfesselte Säuberung in Indien. Dies zu erklären - mit allem dazugehörigen Ekel vor soviel offen dargebrachtem Opportunismus - ist nicht schwer.

Indien ist der asiatische Gegenspieler der VR China. Seine strategische Po-



Kleinbourgeoisie wie auch auf das Halbproletariat. Gegenüber den Forderungen des "Syndikats" nach Liberalisierung des Außenhandels und Lockerung der staatlichen zentralen Planung vertritt der Neue Kongreß ein Konzept der nationalen Entwicklung durch Förderung des inländischen Kapitals, Zentralisierung und Planung der Wirtschaft (Nationalisierung der Banken, Erstellung von Fünfjahres- und Zwischenplänen). Zu solchen "sozialistischen Zielsetzungen", wie der Neue Kongreß sie gerne nennt, gesellt sich eine hemmungslose verbale und auch - wie der jüngste Schritt I. Gandhis zeigt - praktische Demagogie ohne greifbare Resultate in bezug auf die Hoffnungen der Massen der armen Bauern, des Angestellten- und Beamtenheeres und des riesigen Lumpenproletariats in den Städten, die alle auf I. Gandhi gesetzt hatten. (I. G. vor Verhängung des Ausnahmezustandes, der übrigens nur eine Verschärfung der seit dem Krieg mit Pakistan fortbestehenden Notstandsverordnungen bedeutet: "Wer hat Indien stark gemacht? Wer hat Pakistan besiegt? Wer hat Indiens ersten Atomversuch unternommen?

Na wer schon? - könnte man in diesem Stil weiterfragen.)

Diese und die Außenpolitik der Blockfreiheit hat die seit ihren Anfängen durch blindes Befolgen der unsinnigsten Weisungen der Komintern schwer diskreditierte und später an der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung selbst in viele Teile zerbrochene KP Indiens (CPI) mitsamt den ganzen aus äußerst gegenwärtigen und lebendigen Traditionen Indiens resultierenden Schwierigkeiten vor schier unlösbare Probleme gestellt.

Die moskauorientierte CPI ist ein Wurmfortsatz der Neuen Kongreßpartei I. Gandhis, von der sie bei jeder Gelegenheit in ihrer Liebeswerbung gedemütigt und zurückgewiesen wird. Ihr Verhalten gegenüber der zunächst stärkeren, später wieder gespaltenen unabhängigen CPI (Marxist) spricht für sich: als die von der CPI (M) geführte Vereinigte Linke Front bei den Wahlen in Westbengalen 1971 119 von insgesamt 270 Sitzen errang und der Neue Kongreß 1974, entschied sich die von der moskautreuen CPI geführte Vereinigte Demokratische Front mit ihren 25

sition am Indischen Ozean stößt ins Auge. Der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag von August 1971 hat die Neutralität und Blockfreiheit Indiens mit einer starken sowjetischen Schlagseite versehen: es darf laut Abkommen keinerlei Bindungen eingehen, die Moskau militärisch zum Nachteil gereichen würden. In indischen Kriegshäfen sind sowjetische Berater tätig, Spezialdocks für U-Boote sowjetischer Bauart wurden angelegt, die im Notfall auch von der sowjetischen Flotte benützt werden könnten. Für I. Gandhi ist im Aufmarsch der militärischen Kräfte im Indischen Ozean die SU eine "Friedensmacht" – für die SU ist Indira Gandhi nachgerade eine Sozialistin; daß sie friedliebend ist, das versteht sich von selbst, seitdem der indisch-chinesische Grenzkonflikt und die Intervention Indiens in Bangla Desh als durch und durch defensive, im Interesse der Wiederherstellung des Friedens und der Abwehr von fremden Aggressionen auf der Seite Indiens sowjetischerseits eingeschätzt werden. Es wäre nicht das erste Mal, daß Moskau eine Diktatur der nationalen Bourgeoisie unterstützt. Und es ist auch nicht das erste Mal, daß sie dabei von den demokratischen und revolutionären Kräften mit dieser Diktatur gleichgesetzt wird.

Z. P. ★

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Intellektuelle- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Wohnung: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 99

Privatadresse: 1160 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

TRIKONT

Schallplatten

Lieder des spanischen Bürgerkriegs I ★★

Lieder gesungen von Ernst Busch, Pete Seeger u.a. Von den Internationalen Brigaden, dem amerikanischen „Lincoln-Bataillon“ u.a. Die Thälmann-Kolonnen / Hans Beimler / Das Lied von der Einheitsfront / Lied der Internationalen Brigaden / Die Moorsoldaten / Los cuatro generales / Jarama Valley / Quartermaster Song / Viva la Quince Brigada / El Quinto Regimiento / Si Me Quieres Escribir.
LP 33/30

Best.Nr. L 64 ca. DM 20.-

Raimon Katalonische Protestlieder ★★

Raimon ist einer der bekanntesten modernen Liedermacher in Spanien. Er lebt in Barcelona und singt katalonisch, seine Lieder sind in Spanien verboten.

LP 33/30

Best.Nr. L 66 ca. DM 20.-

Lieder des spanischen Bürgerkriegs II ★★

LP 33/30

Best.Nr. L 65 ca. DM 20.-

Moskauer Justizgroteske

Dieser Tage bestätigte ein sowjetisches Revisionsgericht die erstinstanzlichen Urteile gegen den Schweizer Ost-Händler Walter Haefelin und seinen Moskauer Kontraktpartner Juri Sosnowski: Ersterer erhielt wegen aktiver Bestechung 10 Jahre Zwangsarbeit, letzterer wegen passiver die Todesstrafe. Beide Angeklagten durften der Verhandlung nicht beiwohnen.

Die Vorgeschichte ist kurz erzählt und überhaupt typisch für das Lieblingskonzept unserer KP, nämlich den Ausbau des Osthandels als Krisensicherung; atypisch ist lediglich die Tatsache, daß die Geschichte vor Gericht kam. Die Schweizer Firma "Möbelprojekta" hatte mit der sowjetischen Importfirma "Sojus-komplektmebjel" Kontrakte in der Höhe von rund 250 Millionen Schilling abgeschlossen, der sowjetische Generaldirektor des Importunternehmens 45.000 Rubel als "Prämie" kassiert. Der Schweizer Angestellte Haefelin, der zu 10% an der Firma beteiligt war, beging die Ungeschicklichkeit, sich auf dem Moskauer Flughafen mit der schwarz eingeschmuggelten Bestechungssumme erwischen zu lassen.

Beide Urteile sind unwahrscheinlich grotesk. Tatsächlich sieht das sowjetische Strafrecht Todesurteile – allerdings unter der Voraussetzung der

besonderen Gefährlichkeit des Schuldigen – vor. Nun ist aber die Gefährlichkeit des – übrigens hochdekorierten Parteimitglieds – Sosnowski mit seiner Enttarnung nicht mehr gegeben. Die Ware, die Sosnowski für das staatliche Importunternehmen eingekauft hatte, war darüberhinaus zumindest so einwandfrei, daß dieser Tage das Moskauer Außenministerium einen Vertrag in der Höhe von 450 Millionen Schilling unterzeichnete.

Womit wir beim zweiten Teil der Groteske sind: Die Schmiergelder waren zwischen Sosnowski und dem Firmenchef der "Möbelprojekta", einem gewissen Herrn Egli vereinbart worden. Dieses ist aktenkundig und wurde auch von Herrn Egli anlässlich des erstinstanzlichen Verfahrens zugegeben. Während aber sein Angestellter Haefelin nun zehn Jahre brummt, ist Herr Egli (Anteil an der "Möbelprojekta": 90%) nach wie vor gern gesehener Gast der obersten Parteispitzen und schloß erst dieser Tage den vorhin erwähnten insgesamt 700-Millionen-Schilling-Vertrag mit dem Außenministerium ab – er wird in der Zwischenzeit sicherlich schon einen neuen Angestellten gefunden haben. Vom Verteidiger Haefelins darauf angesprochen, wieso der Chef als Anstifter eines Wirtschaftsdelikt

in einem Arbeiterstaat sich gern gesehen herumtreiben könne, während sein Angestellter dafür zu büßen hätte, wurde mit dem lapidaren Hinweis des Staatsanwaltes beantwortet, nach dem sowjetischen Recht könne Mitbeteiligten eines bestimmten Deliktes Straffreiheit gewährt werden.

Die bürgerliche Presse lacht sich ins Fäustchen: "Obschon es einerseits an ihrer Schuld nicht zu rütteln gibt, muß man andererseits doch feststellen, daß in dieser Sache gegenüber den verschiedenen Beteiligten bei der Anwendung des sowjetischen Gesetzes mit höchst unterschiedlichen Ellen gemessen worden ist. Der Eindruck bleibt, daß man da aus einem trüben Teich nur zwei Fische herausgegriffen hat, die anderen aber - aus welchen Gründen auch immer - ungehindert weiterschwimmen und Geschäfte treiben läßt, auf die der Sowjetstaat offenbar trotz dem anrüchigen Hintergrund nicht verzichten will", meint etwa hämisch die "Neue Zürcher Zeitung" zu dem Fall.

Wer hier wohl dem Antikommunismus Vorschub geleistet hat?

R. P. ★

**Bist Du jung,
gesund und frei
dann komm'
in unsere
Druckerei!**

Wir wollen die Arbeit etwas mehr aufteilen. Dazu brauchen wir neue Mitarbeiter. Wer Interesse hat soll uns anrufen oder schreiben. Bei uns herrscht schöpferisches Chaos, ein Nervenzusammenbruch ist auch möglich. Ansonsten kann man Zeitungsmachen lernen und an einer linken Zeitung mitarbeiten wo es keine Zensur durch Inserenten gibt.

Redaktion "offensiv links",
1090 Wien, Porzellang. 33a/IV/4
Telefon: 34 67 145.

offensiv links

uni news

Soziologie - gibt's die?

Daß den Soziologiestudenten durch einen Ministeriumserlaß verboten wurde, ihr Studium abzuschließen, wenn sie nicht der neuen, die Studienbedingungen erheblich erschwierenden Diplomstudienordnung zustim-

men, haben wir im März-OL berichtet.

Nun sind die ersten Kollegen dabei, ihre 1. Diplomprüfung abzulegen und können, wie vom Ministerium beabsichtigt, nicht nach der alten Studienordnung (phil. Rigorosenordnung) fertigstudieren. Seit März hatte ein Komitee für Aktionen gegen das Ministerium mobilisiert, um die Möglichkeit des Studienabschlusses nach der Rigorosenordnung durchzusetzen. In Erinnerung an den gescheiterten zweitägigen Warnstreik im November wurde ein aktiver, für weitere Aktionen mobilisierender Streik durchgeführt. Nachdem während des Streiks zwar eine Delegation im Ministerium empfangen wurde, dort aber keine verbindlichen Zusagen erhielt, wurde eine Institutsbesetzung beschlossen.

Die Institutsbesetzung (Professor Bodzenta und Assistenten) reagierte äußerst panikerfüllt: ein Studienrichtungsvertreter, der in Bodzentas Büro ging, wurde von diesem mit den Worten: "Wenn sie nicht sofort rausgeh'n, können's bei mir net dissertieren!" empfangen, draußen wurde Bodzenta handgreiflich. Dozent Zapotocky drohte sofort mit Anzeigen an alle Institutsbesetzer und schrieb sich totenbleich jeden auf, den er sah, die



**Grünes Licht
für Ihren Besuch
bei uns.**

Grünes Licht  **für Sie**
LÄNDERBANK

aspekte



Redaktionskollektiv Hochschulgruppe: THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK

1. Zur Strategie an den Hochschulen
2. Welche Funktion kommt der Wissenschaft im Kapitalismus zu?
3. Universität und Ausbildung

Diskussion zur Organisationsfrage

Zur Geschichte der FÖJ - Bewegung f. Sozialismus

Zu beziehen im Sekretariat der Organisation:

1040 Wien, Belvederegasse 10.

Fortsetzung von Seite 23

Studenten wurden angeschrien und bedroht.

Am nächsten Tag fand eine Pressekonferenz statt, das Ministerium reagierte nun so, daß es alle Schuld an der Lage von sich wies und an das Professorenkollegium verwies und gleichzeitig feststellte, alle Soziologiestudenten studierten eigentlich illegal. Seither ließ es nichts mehr von sich hören, das Institut wurde eine Woche

lang zugesperrt. Professor Bodzenta ließ sich vom Amtsarzt leichte Körperverletzung bescheinigen. Dozent Zapotocky gab angeblich bereits die Liste der Institutsbesetzer weiter und verbreitete außerdem das Gerücht, Soziologiestudenten hätten an der Uni eine Putzfrau niedergeschlagen; offensichtlich soll eine Kriminalisierungswelle vorbereitet werden und gleichzeitig eine Diffamierungskampagne gegen die Institute mit fortschrittlichen Studentenvertretungen begon-

nen werden (Rektor Korninger wörtlich: "Also, wenn's keine Soziologiestudenten waren, die die Putzfrau niedergeschlagen haben, dann waren es vielleicht die Politologen, die sind ja auch so wild...")

Gleichzeitig hört man aus dem Ministerium, daß nicht sehr viele Gründe für die Erhaltung des Studienversuches Soziologie sprechen und er daher möglicherweise aufgelöst wird, wenn... ja, wenn die Studenten nicht bald irgendwelche Fürsprecher finden und im übrigen zu einer konstruktiven Mitarbeit in der Studienkommission (Gremium zur Durchführung der Studienreform) bereit sind.

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

Eine feste Zusage, daß die von der Diplomordnung Betroffenen fertigstudieren können, ist nicht erreicht worden. Man kann sicher sein, daß Uni- und Ministeriumsbürokratie im Herbst mit weiteren Überraschungen aufwarten werden. Dringendste Aufgabe wird es sein, zumindest an der Uni die Isolation der Soziologiestudenten zu durchbrechen und die Bedeutung der Vorgänge am Soziologischen Institut für die Auseinandersetzung mit der Hochschulreform aufzuzeigen.

